

78.019 Bundesfinanzreform 1978

A R G U M E N T E PRO/CONTRA

Dokumentation zur Abstimmung vom 20. Mai 1979



I N H A L T

	<u>Seiten</u>
1. Leitgedanke der bundesrätlichen Botschaft vom 15. März 1978	1
2. Uebersicht über die verfassungsrechtliche Grundlage	4
3. Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1978, verglichen mit dem geltenden Recht und dem Entwurf des Bundesrates	7
3.1 Gesetzestext	7
3.2 Finanzielle Auswirkungen	13 a
4. Argumentensammlung PRO/CONTRA; detailliertes Inhaltsverzeichnis	14
4.1 Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1978 (Gegenstand der Abstimmung vom 20. Mai 1979)	14
4.1.1 Bundesfinanzreform 1978 - Allgemeines	15
4.1.2 Mehrwertsteuer	24
4.1.3 Direkte Bundessteuer	38
4.2 Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer. Aenderung vom 15. Dezember 1978 (fakultatives Referendum)	47
4.3 Im Parlament abgelehnte Vorstösse	48
4.3.1 Bankenbesteuerung	48
4.3.2 Verkehrssteuer	64
4.3.3 Wiedereinführung der Luxussteuer	75

---

Quelle: Informationsstelle für Steuerfragen, EStV

Bern, den 10. April 1979 JP/MD

## 1. Leitgedanken der bundesrätlichen Botschaft vom 15. März 1978

Bezogen auf das Jahr 1981, dem letzten von der Finanzplanung erfassten Jahr, ergibt sich als Folge der Ablehnung der Vorlage vom 12. Juni 1977 anstelle eines ausgeglichenen Budgets ein Defizit von 2,7 Milliarden Franken, das durch die Finanzmassnahmen 1977 um 0,5 Milliarden Franken vermindert werden konnte, so dass für das Jahr 1981 ein Defizit von 2,2 Milliarden verbleibt. Ein öffentliches Defizit bedeutet Verschuldung, wachsender Druck auf künftige Budgets, damit zunehmende Beeinträchtigung der Manövrierfähigkeit des Staates, Ansteigen der Zinssätze und ein entsprechendes Inflationspotential. Der Bund muss deshalb alles unternehmen, um die zunehmenden Ausgabenüberschüsse, die heute bereits über 10 % des Budgets ausmachen, abzubauen. In den letzten Jahren wurden wirksame Massnahmen zur Ausgabenbeschränkung ergriffen, und dies trotz den 1976 bewilligten Konjunkturmassnahmen. Das Wachstum des Haushaltes in den Jahren 1978 bis 1981 ist kleiner als jenes des Bruttosozialproduktes. Die Ausgaben des Bundes können nicht mehr substantiell gekürzt werden, ohne dabei wichtige Aufgaben zu vernachlässigen oder das Auftragsvolumen einzuschränken. Steuererhöhungen sind unvermeidlich und bleiben es umso mehr, je grösser die Lasten werden und je länger man mit Entscheiden zuwartet.

Mehreinnahmen lassen sich nur durch Ausbau der Umsatzsteuer erreichen. Dies begründete der Bundesrat bereits in der Botschaft vom 24. März 1976: Die stetige Verlagerung der Gewichte zu den Steuern vom Einkommen und Kapital muss zum Stillstand gebracht werden. Zusammen mit den stark gestiegenen direkten Steuern vom Einkommen und Vermögen der Kantone und Gemeinden sowie den mehrmals heraufgesetzten Lohnprozenten zur Finanzierung der Sozialversicherung haben diese Belastungen heute ein Mass erreicht, das den Bund auf dem Gebiete der direkten Bundessteuer zur Zurückhaltung zwingt; er wird nicht darum herumkommen, Milderungen vorzusehen. Da insbesondere bei dem Einfuhrzöllen noch weitere Einbussen in Aussicht stehen, bleibt die allgemeine Besteuerung des Verbrauchs im Inland, also die Umsatzsteuer, die einzige namhafte Fiskalreserve des Bundes.

Die gegenwärtige Warenumsatzsteuer belastet in besonderem Mass die Investitionen und damit den Export, was den wirtschaftlichen Erfordernissen widerspricht. Eine Erhöhung dieser Steuer würde die Schwierigkeiten des Baugewerbes und der Exportindustrie verschärfen. Darum wird - trotz der Ablehnung der Finanzordnung am 12. Juni 1977 - wieder die Ablösung der einphasigen Grossistensteuer durch eine Mehrphasensteuer vorgeschlagen, die auf allen Stufen der Produktion, der Verteilung und der Dienstleistungen erhoben wird. Nahezu alle Länder Europas sind zu dieser Reform geschritten, wobei wesentlich höhere Steuersätze angewendet werden als hier vorgeschlagen.

Mit der 1977 verworfenen Vorlage wären 3 Milliarden Franken Mehreinnahmen aus Konsumsteuern zu erwarten gewesen; diese Vorlage hingegen kann sich angesichts der eingedämmten Inflation und bedeutender Sparanstrengungen mit 1,6 Milliarden Franken begnügen. Die Erhebungsmodalitäten der neuen Umsatzsteuer sind weiter vereinfacht worden. Artikel 9 der Ueb-BV sieht zudem vor, dass der Bundesrat den Satz der Umsatzsteuer senken kann, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dies erfordern.

Die Erleichterungen bei der direkten Bundessteuer sind etwas weniger ausgeprägt als bei dem Projekt von 1977 - dies insbesondere wegen der geringeren Konsumbelastung. Der Ausfall für den Bund bei der Wehrsteuer wird jetzt noch 300 gegenüber 450 Millionen Franken bei der letzten Vorlage ausmachen. Dabei sind allerdings die Sozialabzüge gleich belassen worden wie bei der ersten Vorlage. Die zusätzliche Belastung bei höheren Einkommen setzt bereits bei 150'000 Franken ein.

Nach dem Volkswillen hat der Bund die Mittel sparsam einzusetzen und bei den Steuern Mass zu halten. Diese Zurückhaltung kennt allerdings ihre Grenzen. Wir können nicht auf die Steuerreform verzichten und gleichzeitig die uns gestellten Aufgaben erfüllen. Ohne die vorgeschlagenen neuen Steuern werden sich Bundesrat und Parlament gezwungen sehen, zum Abbau der Defizite in den nächsten Jahren gewisse Aufgaben entweder auf die Kantone und ihre Steuerzahler oder auf die Sozialwerke und ihre Beitragspflichtigen zu übertragen. Ein laufender Abbau wäre zweifellos ein Rückschritt der Solidarität auf sozialem Gebiet, im Berufswesen und auf interkantonaler Ebene zum Nachteil des Gemeinwohls unseres Volkes. Die Gesundung der Bundesfinanzen ist demnach in erster Linie eine politische Aufgabe, welche über private und Gruppen-Interessen hinausgeht.

Verglichen mit dem Entwurf des Bundesrates weist der von den Eidg. Räten am 15. Dezember 1978 genehmigte Bundesbeschluss keine einschneidenden Abweichungen auf, wie dies aus der nachfolgenden Gegenüberstellung unter Ziffer 3 ersichtlich ist.

## 2. Uebersicht über die verfassungsrechtliche Grundlage

Der Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1978 über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer ist Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten. Die Abstimmung findet am 20. Mai 1979 statt.

Durch Annahme des Bundesbeschlusses würden Artikel 41<sup>ter</sup> der Bundesverfassung und die Artikel 8 und 9 ihrer Uebergangsbestimmungen geändert sowie ein neuer Artikel 41<sup>quater</sup> in die Verfassung aufgenommen. Bisher war die Ermächtigung zur Erhebung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer im Artikel 41<sup>ter</sup> BV enthalten; nunmehr sollen diese Ermächtigungen in zwei getrennten Artikeln - diese in Artikel 41<sup>quater</sup>, jene in Artikel 41<sup>ter</sup> - geregelt werden. Auch in den Uebergangsbestimmungen soll künftig Artikel 8 für die direkte Bundessteuer, Artikel 9 für die Umsatzsteuer reserviert sein, während nach bisheriger Ordnung beide Uebergangsbestimmungen in Artikel 8 zu finden sind.

Zu den Bestimmungen über die Umsatzsteuer (Art. 41<sup>ter</sup> BV und Art. 9 Ueb-BV):

Artikel 41<sup>ter</sup> Absatz 1 umschreibt den Gegenstand der Umsatzsteuer: der Umsatz von Waren und Leistungen sowie die Einfuhr. Die Besteuerungskompetenz wird durch einen Höchstsatz (8 %) begrenzt. Buchstabe b übernimmt den Inhalt des heutigen Artikels 41<sup>ter</sup> Absatz 4 Buchstabe a betreffend die Sonderverbrauchssteuer auf Treibstoffen. Absatz 2 lautet gleich wie bisher. Absatz 3 bestimmt wie bisher Absatz 6, dass die Ausführung dieses Artikels Sache der Bundesgesetzgebung ist.

Artikel 9 Ueb-BV regelt den Uebergang von der bisherigen Warenumsatzsteuer zur neuen Umsatzsteuer und die damit zusammenhängenden Massnahmen bei den Sonderverbrauchsabgaben auf Bier, Treibstoffen und Tabakfabrikaten. In Abweichung von Artikel 41<sup>ter</sup> Absatz 3 wird der Bundesrat ermächtigt, die Ausführungsbestimmungen betreffend die Umsatzsteuer nach Artikel 41<sup>ter</sup> Absatz 1 Buchstabe a zu erlassen, doch sollen diese Ausführungsbestimmungen innert sechs Jahren seit ihrem Inkrafttreten durch ein Ausführungsgesetz ersetzt werden.

Zu den Bestimmungen über die direkte Bundessteuer (Art. 41<sup>quater</sup> BV und Art. 8 Ueb-BV):

Artikel 41<sup>quater</sup> Absatz 1 umschreibt die Steuerpflicht und den Gegenstand der direkten Bundessteuer gleich wie der bisherige Absatz 5 Buchstabe a Satz 1 von Artikel 41<sup>ter</sup>. Anstelle des Begriffs des Reinertrags tritt neu der Ausdruck "Gewinn"; von materieller Bedeutung ist diese Aenderung nicht. Auf die bisherige zeitliche Begrenzung der direkten Bundessteuer bis 1982 wird, wie bei der Umsatzsteuer, verzichtet.

Absatz 2 entspricht dem bisherigen Artikel 41<sup>ter</sup> Absatz 5 Buchstabe b. Neu ist, dass von der Beteiligung der Kantone mit drei Zehnteln am Rohertrag der direkten Bundessteuer wenigstens ein Viertel (bisher ein Sechstel) für den Finanzausgleich unter den Kantonen zu verwenden ist.

Absatz 3 betrifft die Besteuerung der natürlichen Personen. Der Freibetrag wird von 9'700 Franken (bisher Art. 41<sup>ter</sup> Abs. 5 Bst. c) auf 15'000 Franken erhöht. Der Höchstsatz wird von 11,5 % auf 13,5 % erhöht. Buchstabe c übernimmt den Grundsatz des periodischen Ausgleichs der Folgen der kalten Progression (bisher Art. 41<sup>ter</sup> Abs. 5 letzter Satz).

Absatz 4 betrifft die Besteuerung der juristischen Personen. Buchstabe a entspricht wörtlich dem bisherigen Artikel 41<sup>ter</sup> Absatz 5 Buchstabe a Satz 2. In Buchstabe b werden der Höchstsatz für die Gewinnsteuer von 9,8 % auf 11,5 % erhöht und der Höchstsatz für die Kapitalsteuer von 0,825 % auf 0,8 % herabgesetzt.

Die Absätze 5 und 6 sind identisch mit den bisherigen Bestimmungen in Absatz 5 Buchstabe c Satz 1 und in Absatz 6 von Artikel 41<sup>ter</sup>.

Gemäss Artikel 8 Ueb-BV Absatz 1 wird das Ende 1978 geltende Wehrsteuerrecht unverändert weitergeführt, soweit nicht in den Absätzen 2 und 3 ausdrücklich etwas anderes vorgeschrieben wird. Vorbehalten sind spätere Aenderungen durch Bundesgesetz im Sinne von Artikel 41<sup>quater</sup> BV. Der Name "Wehrsteuer" wird bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die direkte Bundessteuer beibehalten.

In Absatz 2 ist demzufolge noch zu regeln, was auf dem Gebiet der Besteuerung der natürlichen Personen neu ist, nämlich die erhöhten Sozialabzüge (Bst. a) und der Tarif (Bst. b). Die gestaffelten Abzüge vom Steuerbetrag (höchstens 70 Fr.), die den Verheirateten seit 1975 zwecks teilweisem Ausgleich der Folgen der kalten Progression zustehen (Art. 8 Abs. 3 Bst. a UeB-BV in der Fassung gemäss BB vom 31.1.75, AS 1975 1205), werden mit der Erhöhung des Sozialabzuges für Verheiratete und mit dem neuen Tarif hinfällig und daher aufgehoben (Bst. c).

Absatz 3 enthält die Neuerungen bei der Besteuerung der juristischen Personen, nämlich die neuen Sätze für den Dreistufentarif der für die Reinertragssteuer der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften Anwendung findet (Bst. a) und den Satz für die Kapitalsteuer der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften und für die Vermögenssteuer der übrigen juristischen Personen (Bst. c). Buchstabe b, wonach die übrigen juristischen Personen die Steuer vom Einkommen nach den Bestimmungen für die natürlichen Personen entrichten, bringt zwar gegenüber dem geltenden Recht keine Neuerung: er wird jedoch der Vollständigkeit halber aufgeführt.

Absatz 4 beauftragt den Bundesrat, den Wehrsteuerbeschluss den Änderungen in den Absätzen 2 und 3 anzupassen. Ferner hat der Bundesrat die Erlasskompetenz der Kantone von heute 200 auf 1'000 Franken zu erhöhen. Damit hat die Eidgenössische Wehrsteuer-Erlasskommission nur noch über alle Erlassgesuche, die Wehrsteuerbeträge von mindestens 1'000 Franken betreffen, zu entscheiden.

Nachfolgend nun der Wortlaut des Bundesbeschlusses. Wo er vom Entwurf, den der Bundesrat mit seiner Botschaft vom 15. März 1978 unterbreitet hatte, abweicht, ergibt sich aus nebenstehendem gedruckten Text. Der Text in Maschinschrift hingegen entspricht der bisherigen Regelung.

**Bundesbeschluss  
über die Neuordnung der Umsatzsteuer  
und der direkten Bundessteuer**

vom 15. Dezember 1978

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 15. März 1978<sup>1)</sup>,  
beschliesst:

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

*Art. 41<sup>ter</sup>*

<sup>1</sup> Der Bund kann erheben:

- a. eine Steuer auf dem Umsatz von Waren und Leistungen sowie auf der Einfuhr. Das Gesetz bezeichnet die Umsätze von Waren und Leistungen, die der Steuer zum normalen oder zum ermässigten Satz unterliegen. Die Steuer beträgt höchstens 8 Prozent des Entgelts;
- b. eine besondere Verbrauchssteuer auf dem Umsatz und der Einfuhr von Erdöl und Erdgas und der bei ihrer Verarbeitung gewonnenen Produkte sowie von Treibstoffen für motorische Zwecke aus anderen Ausgangsstoffen. Für den Ertrag der Steuern auf Treibstoffen für motorische Zwecke gilt Artikel 36<sup>ter</sup> sinngemäss.

<sup>2</sup> Umsätze, die der Bund mit einer Steuer nach Absatz 1 belastet oder steuerfrei erklärt, dürfen von den Kantonen und Gemeinden keiner gleichartigen Steuer unterstellt werden.

<sup>3</sup> Die Ausführung dieses Artikels ist Sache der Bundesgesetzgebung.

*Art. 41<sup>quater</sup>*

<sup>1</sup> Der Bund kann eine direkte Bundessteuer erheben:

- a. vom Einkommen der natürlichen Personen;
- b. vom Gewinn, vom Kapital und von den Reserven der juristischen Personen.

<sup>2</sup> Die direkte Bundessteuer wird für Rechnung des Bundes von den Kantonen erhoben. Vom Rohertrag der Steuer fallen drei Zehntel den Kantonen zu; davon wird wenigstens ein Viertel für den Finanzausgleich unter den Kantonen verwendet.

Entwurf des Bundesrates (in Druckschrift)  
und

bisherige Regelung (in Maschinenschrift)

soweit diese sich vom BB vom 15.12.78 unterscheiden

Bisher: Die Warenumsatzsteuer beträgt bei Detaillie-  
ferungen 5,6 % und bei Engroslieferungen 8,4 %

<sup>2</sup> Die direkte Bundessteuer wird für Rechnung des Bundes von den Kantonen erhoben. Vom Rohertrag der Steuer fällt mindestens ein Drittel den Kantonen zu; davon wird wenigstens ein Viertel für den Finanzausgleich unter den Kantonen verwendet.

<sup>1)</sup> BBl 1978 I 849

- <sup>3</sup> Für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen gilt:
- a. die Steuerpflicht beginnt frühestens bei einem reinen Einkommen von 15 000 Franken;
  - b. die Steuer beträgt für das Gesamteinkommen oder Teile davon höchstens 13,5 Prozent;
  - c. die Folgen der kalten Progression werden periodisch ausgeglichen.

Bisher: 9700 Franken, 12'200 Franken für Verheiratete

b. die Steuer beträgt höchstens 12,5 Prozent; Bisher: 11,5 %

<sup>4</sup> Für die Steuer vom Gewinn, vom Kapital und von den Reserven der juristischen Personen gilt:

- a. die juristischen Personen werden, ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform, nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit steuerlich möglichst gleichmässig belastet;
- b. die Steuer beträgt höchstens 11,5 Prozent vom Gewinn und höchstens 0,8 Promille vom Kapital und von den Reserven.

Bisher: 9,8 %

Bisher: 0,825 ‰

<sup>5</sup> Bei der Festsetzung der Tarife wird auf die Belastung durch die direkten Steuern der Kantone und Gemeinden Rücksicht genommen.

<sup>6</sup> Die Ausführung dieses Artikels ist Sache der Bundesgesetzgebung.

## II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

### Art. 8

<sup>1</sup> Unter Vorbehalt der Bundesgesetzgebung nach Artikel 41<sup>quater</sup> (direkte Bundessteuer) bleiben die am 31. Dezember 1978 geltenden Bestimmungen über die Wehrsteuer mit den nachstehenden Änderungen in Kraft.

<sup>2</sup> Für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen gilt:

a. die Abzüge betragen:

- für Verheiratete 4500 Franken;
- für jedes Kind 2500 Franken;
- für jede unterstützungsbedürftige Person 2000 Franken;
- für verwitwete, geschiedene oder ledige Steuerpflichtige, die zusammen mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen einen Haushalt führen, 3000 Franken;
- für Versicherungsprämien und für Zinsen von Sparkapitalien zusammen:
  - für Ledige 2000 Franken;
  - für Verheiratete 3000 Franken;
- vom Erwerbseinkommen der Ehefrau 4500 Franken;

b. die Steuer für ein Jahr beträgt:

- bis 14 999 Franken Einkommen ..... 0 Fr.;
- für 15 000 Franken Einkommen ..... 25 Fr.
- und für je weitere 100 Franken Einkommen .... 1 Fr. mehr;

<sup>2</sup> Für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen gilt:

a. die Abzüge betragen:

- für Verheiratete 4000 Franken; Bisher: 2500 Franken
- für jedes Kind 2000 Franken; Bisher: 1200 Franken

für jede unterstützungsbedürftige Person 2000 Franken; Bisher: 1200 Fr

für Versicherungsprämien und für Zinsen von Sparkapitalien zusammen 2500 Franken; Bisher: 2000 Franken

vom Erwerbseinkommen der Ehefrau 4000 Franken; Bisher: 2000 Franken

bis- her	}	bis 9'699 Franken Einkommen	0.-- Fr.
		für 9'700 Franken Einkommen	22.-- Fr.
		und für je weitere 100 Franken Einkommen	1.10 Fr. mehr;
		für 22'000 Franken Einkommen	157.30 Fr.
		und für je weitere 100 Franken Einkommen	3.30 Fr. mehr;
		für 38'500 Franken Einkommen	701.80 Fr.
		und für je weitere 100 Franken Einkommen	6.60 Fr. mehr;

für 20 000 Franken Einkommen .....	75 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen....	2 Fr. mehr;
für 30 000 Franken Einkommen .....	275 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen....	4 Fr. mehr;
für 40 000 Franken Einkommen .....	675 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen....	6 Fr. mehr;
für 50 000 Franken Einkommen .....	1 275 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen....	8 Fr. mehr;
für 60 000 Franken Einkommen .....	2 075 Fr.
und für je weitere 100 Franken Einkommen....	10 Fr. mehr;
für 70 000 Franken Einkommen .....	3 075 Fr.
und für weitere 100 Fr. Einkommen .....	12 Fr. mehr;
für 90 000 Franken Einkommen .....	5 475 Fr.
und für je weitere 100 Fr. Einkommen .....	13.50 Fr. mehr;

c. die bis Ende 1978 den Verheirateten gewährte Ermässigung auf dem Steuerbetrag wird aufgehoben.

<sup>3</sup> Für die Steuer der juristischen Personen gilt:

- a. Kapitalgesellschaften und Genossenschaften entrichten vom Reinertrag:
  - eine Steuer von 3,5 Prozent als Grundsteuer;
  - einen Zuschlag von 3,5 Prozent auf dem Teil des Reinertrages, der 4 Prozent Rendite übersteigt oder, wenn Kapital und Reserven weniger als 50 000 Franken betragen, auf dem Teil des Reinertrages, der 2000 Franken übersteigt;
  - einen weiteren Zuschlag von 4,5 Prozent auf dem Teil des Reinertrages, der 8 Prozent Rendite übersteigt oder, wenn Kapital und Reserven weniger als 50 000 Franken betragen, auf dem Teil des Reinertrages, der 4000 Franken übersteigt;
- b. die übrigen juristischen Personen entrichten die Steuer vom Einkommen nach den Bestimmungen für die natürlichen Personen;
- c. die Steuer vom Kapital und von den Reserven der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften sowie vom Vermögen der übrigen juristischen Personen beträgt 0,8 Promille.

<sup>4</sup> Der Bundesrat passt den Wehrsteuerbeschluss den Änderungen in den Absätzen 2 und 3 an. Er erhöht die Erlasskompetenz der Kantone auf 1000 Franken.

#### Art. 9

<sup>1</sup> In Abweichung von Artikel 41<sup>ter</sup> Absatz 3 erlässt der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen betreffend die Umsatzsteuer nach Artikel 41<sup>ter</sup> Absatz 1 Buchstabe a. Diese Ausführungsbestimmungen werden innert sechs Jahren seit ihrem Inkrafttreten durch ein Ausführungsgesetz ersetzt.

<sup>2</sup> Die Ausführungsbestimmungen des Bundesrates richten sich nach folgenden Grundsätzen:

bis- her	für 55 000 Franken Einkommen	1 790.80 Fr.
	und für je weitere 100 Franken Einkommen	8.80 Fr. mehr;
	für 71 500 Franken Einkommen	3 242.80 Fr.
	und für je weitere 100 Franken Einkommen	11.- Fr. mehr;
	für 93 500 Franken Einkommen	5 662.80 Fr.
	und für je weitere 100 Franken Einkommen	13.20 Fr. mehr;
	für 392 800 Franken Einkommen	45 170.40 Fr.
	für 392 900 Franken Einkommen	45 183.50 Fr.
	und für je weitere 100 Franken Einkommen	11.50 Fr. mehr;
	für 80 000 Franken Einkommen .....	<u>4 075 Fr.</u>
und für je weitere 100 Franken Einkommen....	<u>12 Fr. mehr;</u>	
für 100 000 Franken Einkommen .....	<u>6 475 Fr.</u>	
und für je weitere 100 Franken Einkommen....	<u>14 Fr. mehr;</u>	
für 501 600 Franken Einkommen .....	<u>62 699 Fr.;</u>	
für 501 700 Franken Einkommen .....	<u>62 712.50 Fr.</u>	
und für je weitere 100 Franken Einkommen....	<u>12.50 Fr. mehr;</u>	

Bisher: 3,63 %

Bisher: 3,63 %

Bisher: 4,84 %

Bisher: 0,825 %

Bisher: Warenumsatzsteuer

a. Steuerpflichtig sind die Unternehmer für ihre folgenden Umsätze im Inland (einschl. Eigenverbrauch):

1. Umsatz von Waren einschliesslich Energie, ausgenommen Wasser in Leitungen;
2. gewerbmässige Arbeiten an Waren, Bauwerken und Grundstücken, ausgenommen die Bebauung des Bodens für die Urproduktion;
3. Überlassen von Waren zum Gebrauch oder zur Nutzung;
4. Beförderung und Aufbewahrung von Waren sowie Leistungen von Speditoren;
5. Abtretung oder Überlassen zur Benützung von Patenten, Marken, Mustern und Modellen und ähnlichen immateriellen Gütern, ausgenommen Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst, soweit sie sich nicht auf Leistungen nach Ziffer 7 oder 12 beziehen;
6. Messungen, Vermessungen, Untersuchungen, Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die auf die Herstellung von Waren oder Bauwerken oder auf die Schaffung immaterieller Güter nach Ziffer 5 ausgerichtet sind;
7. Architektur- und Ingenieurarbeiten;
8. Beratung, Begutachtung und Vertretung in juristischen, finanziellen, wirtschaftlichen und organisatorischen Belangen; Beurkundung von Rechtsgeschäften einschliesslich jener durch Amtsnotare; Vermögensverwaltung; Buchführung für Dritte und Bücherrevision; das gesetzlich geschützte Berufsgeheimnis ist vorbehalten;
9. Überlassen von Arbeitskräften für Tätigkeiten, die der Steuer unterliegen;
10. gastgewerbliche Leistungen;
11. Leistungen der Coiffeure und Kosmetiker;
12. Leistungen, die der Werbung oder der Bekanntmachung ohne Werbezweck dienen.

b. Der Steuer unterliegen ferner die Einfuhr von Waren und der Bezug von Dienstleistungen aus dem Ausland nach Buchstabe a.

c. Von der Steuerpflicht für die Umsätze im Inland sind ausgenommen:

1. Unternehmer mit einem Jahresumsatz nach Buchstabe a von nicht mehr als 40 000 Franken;
2. Unternehmer mit einem Jahresumsatz nach Buchstabe a bis zu 500 000 Franken, sofern der Steuerbetrag, nach Abzug der Vorsteuer, regelmässig 2500 Franken pro Jahr nicht übersteigt;
3. Landwirte, Forstwirte, Gärtner und Weinbauern, die ausschliesslich Erzeugnisse aus dem eigenen Betrieb liefern, nicht aber Weinbauern, die im Jahr für mehr als 40 000 Franken Wein liefern;
4. Viehhändler;
5. Tierärzte und Tierspitäler für die Untersuchung, Behandlung und Pflege von Tieren;

5. Abtretung oder Überlassen zur Benützung von Patenten, Marken, Mustern und Modellen und ähnlichen immateriellen Gütern;

8. Überlassen von Arbeitskräften für Tätigkeiten, die der Steuer unterliegen;
9. gastgewerbliche Leistungen;
10. Leistungen der Coiffeure und Kosmetiker;
11. Leistungen, die der Werbung oder der Bekanntmachung ohne Werbezweck dienen.

1. Unternehmer mit einem Jahresumsatz nach Buchstabe a von nicht mehr als 50 000 Franken;
2. Unternehmer mit einem Jahresumsatz nach Buchstabe a bis zu 300 000 Franken, sofern der Steuerbetrag, nach Abzug der Vorsteuer, regelmässig 2500 Franken pro Jahr nicht übersteigt;
3. Landwirte, Forstwirte, Gärtner und Weinbauern, die ausschliesslich Erzeugnisse aus dem eigenen Betrieb liefern, nicht aber Weinbauern, die im Jahr für mehr als 50 000 Franken Wein liefern;

6. Kunstmaler und Bildhauer für die von ihnen persönlich hergestellten Kunstwerke.

d. Von der Steuer sind befreit:

1. die Ausfuhr von Waren und die ins Ausland erbrachten Leistungen unter den vom Bundesrat festzusetzenden Bedingungen;
2. die vom Bundesrat zu bezeichnenden, mit der Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren zusammenhängenden Dienstleistungen.

e. Die Steuer beträgt:

1. 2,5 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr von
  - Ess- und Trinkwaren, ausgenommen alkoholische Getränke,
  - Vieh, Geflügel, Fischen,
  - Getreide,
  - Sämereien, Setzknollen und -zwiebeln, lebenden Pflanzen, Stecklingen, Pfropfreisern sowie Schnittblumen und Zweigen, auch zu Sträussen, Kränzen und dergleichen gebunden,
  - Futtermitteln, Silagesäuren, Streumitteln, Düng- und Pflanzenschutzstoffen,
  - Medikamenten,
  - Zeitungen, Zeitschriften und Büchern;
2. 5 Prozent auf den gastgewerblichen Leistungen;
3. 8 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr anderer Waren sowie auf allen übrigen der Steuer unterstellten Leistungen.

Der Bundesrat kann diese Steuersätze herabsetzen, wenn es die Entwicklung der Wirtschaftslage erfordert.

f. Die Steuer wird berechnet vom Entgelt ohne die Umsatzsteuer; beim Fehlen eines Entgelts und bei der Einfuhr ist der Wert der Ware oder Leistung massgebend.

Beim Handel mit gebrauchten Waren kann die Steuer vom Unterschied zwischen dem Verkaufspreis und dem Ankaufspreis berechnet werden. Der Bundesrat setzt die Bedingungen fest.

g. Sofern der Steuerpflichtige Waren, Bauwerke, Grundstücke oder Leistungen für Umsätze nach Buchstabe a im In- oder Ausland verwendet, kann er in seiner Steuerabrechnung als Vorsteuer abziehen:

1. die von anderen Steuerpflichtigen auf ihn überwälzte oder
2. die bei der Einfuhr von Waren oder auf dem Bezug von Dienstleistungen aus dem Ausland entrichtete Steuer.

Verwendet der Steuerpflichtige in gleicher Weise Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei oder des Weinbaus, die er von nicht steuerpflichtigen Unternehmern nach Buchstabe c Ziffern 3 und 4 bezogen hat, so kann er 2,5 Prozent des Preises als Vorsteuer abziehen.

h. Über die Steuer und die Vorsteuer wird in der Regel vierteljährlich abgerechnet.

i. Der Bundesrat kann

1. die freiwillige Unterstellung unter die Steuerpflicht und die freiwillige Versteuerung anderer als in Buchstabe a genannter Umsätze mit Anspruch auf Vorsteuerabzug für bestimmte Fälle zulassen, wenn damit eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung vermieden oder die Veranlagung beim Steuerpflichtigen wesentlich vereinfacht werden kann;
2. Vereinfachungen anordnen, wenn sich daraus kein Mehrertrag an Steuer, kein namhafter Steuerausfall, keine erhebliche Wettbewerbsverzerrung und keine übermässige Erschwerung der Steuerabrechnung für andere Steuerpflichtige ergibt. Insbesondere kann er für Kleinbetriebe mit Jahresumsätzen bis zu 200 000 Franken eine Steuerberechnung zu einem Pauschalsatz unter angemessener Berücksichtigung der Vorsteuer zulassen.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt den Übergang von der Warenumsatzsteuer zur neuen Umsatzsteuer. Er kann hierzu auch

- a. für die erste Zeit nach deren Inkrafttreten den Vorsteuerabzug für Anlagegüter einschränken;
- b. für längstens zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen Vorschriften über eine Preisüberwachung und Preisanschreibepflicht erlassen.

<sup>4</sup> Gleichzeitig mit den Ausführungsbestimmungen betreffend die Umsatzsteuer treten folgende Änderungen an anderen Erlassen in Kraft:

- a. Der Zollzuschlag auf Treibstoffen für die Finanzierung der Nationalstrassen ist in das für die Berechnung der Umsatzsteuer massgebende Entgelt einzu beziehen. Der Zollzuschlag ist zum Ausgleich der dadurch bewirkten Mehrbelastung der Treibstoffe herabzusetzen und der entsprechende Anteil des auf dem Zollzuschlag erzielten Umsatzsteuerertrages für die Finanzierung der Nationalstrassen zu verwenden.
- b. Die Erhebung der Umsatzsteuer auf Tabakfabrikaten richtet sich künftig nach den aufgrund der Absätze 1-3 erlassenen Ausführungsbestimmungen.
- c. Der Zollzuschlag auf Braurohstoffen und Bier wird aufgehoben.

<sup>5</sup> Der Bundesrat passt die von den Änderungen nach Absatz 4 betroffenen Erlasse an.

<sup>6</sup> Bis zum Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen des Bundesrates über die Umsatzsteuer (Abs. 1-3) bleiben die am 31. Dezember 1978 geltenden Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer und über die Gesamtbelastung des Biers in Kraft.

2. Vereinfachungen anordnen, wenn sich daraus kein Mehrertrag an Steuer, kein namhafter Steuerausfall, keine erhebliche Wettbewerbsverzerrung und keine übermässige Erschwerung der Steuerabrechnung für andere Steuerpflichtige ergibt.

- b. Vorschriften über eine befristete Preisüberwachung und Preisanschreibepflicht erlassen.

- b. Die Erhebung der Umsatzsteuer auf Tabakfabrikaten richtet sich künftig nach den aufgrund der Absätze 1-3 erlassenen Ausführungsbestimmungen.

III

Die in den Ziffern I und II genannten Bestimmungen treten am 1. Januar 1979 in Kraft, mit folgenden Ausnahmen:

a. Die am 31. Dezember 1978 in Kraft stehenden Bestimmungen über die Wehrsteuer bleiben anwendbar:

1. auf die Wehrsteuerforderungen für 1979 gegenüber natürlichen oder juristischen Personen, deren Wehrsteuerpflicht vor der Annahme dieses Beschlusses durch Volk und Stände aufhört;
2. auf die Wehrsteuerbeträge, die 1979 aufgrund eines besonderen Steuererhebungsverfahrens für in der Schweiz erwerbstätige Personen ohne fremdenpolizeiliche Niederlassungsbewilligung an der Quelle berechnet und erhoben werden.

b. Der Bundesrat setzt die Ausführungsbestimmungen über die Umsatzsteuer nach Artikel 9 Absätze 1 und 2 sowie Absatz 3 Buchstabe a der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung auf den 1. Januar 1980 in Kraft.

a. Die am 31. Dezember 1978 in Kraft stehenden Bestimmungen über die Wehrsteuer bleiben anwendbar auf die Wehrsteuerbeträge, die 1979 aufgrund eines besonderen Steuererhebungsverfahrens für in der Schweiz erwerbstätige Personen ohne fremdenpolizeiliche Niederlassungsbewilligung an der Quelle berechnet und erhoben werden.

b. Der Bundesrat setzt die Ausführungsbestimmungen über die Umsatzsteuer nach Artikel 9 Absätze 1-3 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung auf den 1. Januar 1980 in Kraft.

#### IV

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

Ständerat, 15. Dezember 1978

Der Präsident: Luder

Der Protokollführer: Sauviant

Nationalrat, 15. Dezember 1978

Der Präsident: Generali

Der Protokollführer: Zwicker

5867

3.2. Finanzielle Auswirkungen des Bundesbeschlusses vom 15.12.78

(Vergleich zum Entwurf des Bundesrates)

	Botschaft vom 15.3.78		BB vom 15.12.78	
	1980	1981	1980	1981
<u>EINNAHMEN</u>				
<u>Mehreinnahmen</u>				
- <u>Mehrwertsteuer</u>	+ 1'125	+ 1'600	+ 1'161	+ 1'646
<u>Mindereinnahmen</u>				
- <u>Direkte Bundessteuer</u>	- 305	- 305	- 385	- 385
<u>Natürliche Personen</u>				
Tarif	- 95	- 95	- 70	- 70
Sozialabzüge	- 215	- 215	- 320	- 320
- <u>Juristische Personen</u>				
Reinertragssteuer	+ 10	+ 10	+ 10	+ 10
Kapitalsteuer	- 5	- 5	- 5	- 5
<u>Total Mehreinnahmen</u>	+ 820	+ 1'295	+ 776	+ 1'261
-----				
<u>AUSGABEN</u>				
<u>Mehrausgaben</u>				
- <u>Erhöhung Kantonsanteile</u> an direkter Bundessteuer von 30% auf 33 1/3%	+ 110	+ 110	-	-
<u>Minderausgaben</u>				
- <u>Ertragsausfall Kantonsanteile</u> Minderausgaben (30% von Minder- einnahmen bei der direkten Bundessteuer)	- 92	- 92	- 116	- 116
<u>Total Mehr-/Minderausgaben</u>	+ 18	+ 18	- 116	- 116
-----				
<u>NETTOVERBESSERUNGEN</u>				
Mehreinnahmen	820	1'295	776	1'261
Mehrausgaben	18	18		
Minderausgaben			116	116
<u>Mehreinnahmen für den Bund</u> <u>gegenüber geltendem Recht</u>	802	1'277	892	1'377
	=====	=====	=====	=====

Resümierte Gegenüberstellung von Argumenten aus den parlamentarischen Verhandlungen

---

	<u>Seiten</u>
1. Bundesbeschluss vom 15.12.78 (Gegenstand der Abstimmung vom 20.5.79)	
1.1. Bundesfinanzreform 1978	
1.1.1. Allgemeines	15
1.1.2. Ausgabenpolitik / Sparpolitik - Finanzplan	21
1.1.3. Auswirkungen im Falle der Verwerfung der Vorlage	23
1.2. Mehrwertsteuer (siehe hierzu auch Ziff. 3.1.2.)	
1.2.1. Allgemeines	24
1.2.2. Satz von 7 oder 8 Prozent?	26
1.2.3. Index der Konsumentenpreise	28
1.2.4. Besteuerung der Coiffeure	29
1.2.5. Besteuerung der Architekten - Ingenieure	30
1.2.6. Besteuerung von Beratungen und Vermögensverwaltungen	31
1.2.7. Besteuerung des Weins / Erhöhung der Freigrenze für selbstkelternde Weinbauern	33
1.3. Direkte Bundessteuer	
1.3.1. Natürliche Personen - Tarif	38
1.3.2. Natürliche Personen - Sozialabzüge	40
1.3.3. Juristische Personen - Tarif	41
1.3.4. Juristische Personen - Minimalsteuer	43
1.3.5. Juristische Personen - jährliche Veranlagung	44
1.3.6. Kantonsanteile. Erhöhung	45
1.3.7. Materielle Steuerharmonisierung - Finanzausgleich	46
2. Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer. Aenderung vom 15.12.78 (fakultatives Referendum; siehe hierzu auch Ziff. 3.1.3.)	47
3. Im Parlament abgelehnte Vorstösse	
3.1. Bankenbesteuerung	
3.1.1. Allgemeines	48
3.1.2. Besteuerung der Bankleistungen	56
3.1.3. Besteuerung der Zinsen von Treuhandguthaben	58
3.1.4. Devisensteuer	63
3.2. Verkehrssteuer	
3.2.1. Allgemeines	64
3.2.2. Schwerverkehrssteuer	69
3.2.3. Autobahnvignette	71
3.3. Wiedereinführung der Luxussteuer	75

Réforme des finances fédérales - en général / Bundesfinanzreform - Allgemeines

CONTRA

- Es wäre besser, die Reform der Bundesfinanzen auf später zu verschieben.
- Ich möchte Lösungen nicht einfach auf morgen verschieben, sondern rasch, wenn auch zeitlich gestaffelt und damit in Etappen, zum Ziel gelangen. Dringendes würde vorweggenommen, weniger Dringendes umfassender angegangen. (NR Letsch)
- Wenn die Stärkeren in diesem Lande wie Banken, Versicherungen, Treuhänder, alle diejenigen, die ihr Geld noch leicht verdienen, nicht zusätzlich besteuert werden, dann muss ich zur Finanzvorlage nein sagen. (SR Graf)

PRO

- Les intérêts passifs représentent plus de 800 millions chaque année. (CF Chevallaz)
- Jedes Jahr Zuwarten erhöht den Schuldenberg und erschwert seine Abtragung.
- Retarder par prudence ou par tactique la réforme fiscale indispensable à l'équilibre des finances, c'est menacer l'acquis social. (CF Chevallaz)
- Le retour à l'équilibre budgétaire constitue l'objectif prioritaire de notre politique financière à moyen terme. (CN Thévoz)
- L'objectif majeur reste le rétablissement de l'équilibre des finances fédérales. Il y va de la prospérité de notre pays.
- Eine sozialpolitisch richtige Lösung setzt voraus, dass wir Einkommen und Leistungen des Staates mit in unsere Betrachtungen einbeziehen. Sozialpolitik gilt nicht nur bei der Besteuerung. Wir haben auch auf der Leistungsseite des Staates Zahlungen, die abgestuft nach der finanziellen Stärke der Bürger erfolgen. (SR Muheim)
- Es wäre falsch, ein Preisausschreiben für neue Steuern zu veranstalten, Prügelknaben zu suchen, indem man Banken und Verkehr zusätzlich belasten will. Derart gefährdet man die bisher bewährte schweizerische Steuerordnung. (NR Allgöwer)

- Die Subventionspolitik des Staates muss neu überdenkt werden. So wären insbesondere die landwirtschaftlichen Subventionen, aber auch die Zuschüsse an die Privatbahnen und im Bereich der Kultur und Forschung zu kürzen oder ganz zu streichen.

(SR Heimann)

- Die Zielsetzung, die Bundesfinanzen langfristig ins Gleichgewicht zu bringen, ist richtig, muss aber Hand in Hand mit der Realisierung einer vermehrten Steuergerechtigkeit erfolgen.

- Eine Sanierung der Bundesfinanzen ist notwendig, muss aber nach dem Prinzip erfolgen, dass jeder nach seiner steuerlichen Leistungsfähigkeit erfasst werden soll.

(SPS)

- Non à la comédie qui se passe sur le thème de la TVA réchauffée et du paquet financier No 2. Nous voulons une autre politique financière de la Confédération, d'autres solutions que celles qui consistent éternellement à faire payer le monde du travail pour mieux épargner les privilèges de la finance et du grand capital. Politique foncièrement et inadmissiblement inéquitable et antisociale. (PdT: CN Muret)

- Les socialistes ne sont pas opposés à l'introduction de la TVA, mais ne peuvent soutenir un projet aussi unilatéral. (CE Morier-Genoud)

- Ich würde es begrüßen, wenn Herr Heimann endlich einmal mit einem detaillierten Vorschlag bezüglich der Subventionskürzungen an uns gelangen würde. Dann würden wir rasch feststellen, dass auch hier bestimmt über die Kürzungen keinerlei Einigkeit besteht.

(SR Hofmann)

- L'époque que nous vivons exige un budget des pouvoirs publics nettement anti-inflationniste. Il faut donc lutter contre le déséquilibre budgétaire et rééquilibrer au plus vite les finances fédérales.

- Les finances publiques saines sont une condition essentielle de la prospérité de l'Etat et de notre société.

(CE Grosjean)

- Une fiscalité équitable et sociale, c'est tout d'abord celle qui fournit à l'Etat les recettes nécessaires à ses tâches. C'est ensuite la fiscalité qui reste modérée, qui ne pèse pas trop sur le PNB, qui ne porte pas atteinte au développement économique, à la prospérité générale, et par là, à la réussite sociale réelle. C'est aussi un équilibre raisonnable entre l'impôt de consommation et l'impôt direct. Enfin, la fiscalité équitable et sociable est celle qui marque une progressivité suffisante, allégeant la charge des économiquement faibles et demandant à ceux qui sont plus favorisés une contribution correspondant à leur possibilités, sans pour autant décourager leur activité et stimuler les fraudes et les évasions de toute espèce. (CF Chevallaz)

CONTRA

PRO

- 17
- Es liegt kein Grund vor, mit der Einführung von indirekten Steuern gleichzeitig auch noch strukturelle Aenderungen bei der direkten Steuer vorzunehmen. Bei letzterer genügt die verfassungsmässig vorgeschriebene Ausschaltung der kalten Progression. (SR Urech)
  - Grotreske Finanzpolitik: Einerseits will der Bundesrat mit dem Impulsprogramm den unter dem hohen Frankenkurs leidenden Zweigen der schweizerischen Wirtschaft, besonders den kleinen und mittleren Betrieben, unter die Arme greifen, andererseits mutet er den gleichen Betrieben durch sein Festhalten an der vom Schweizervolk klar verworfenen Mehrwertsteuer finanzielle und vor allem kostspielige administrative Mehrbelastungen zu. Mit Steuererleichterungen wäre der Wirtschaft zurzeit entschieden besser geholfen als mit dem Impulsprogramm. (NR Fischer-Bremgarten)
  - Die SPS setzt sich zur Erzielung von Zusatzeinnahmen mittels folgender Massnahmen ein:
    - Einführung einer Schwerverkehrsabgabe;
    - Einführung einer Autobahnvignette;
    - Gestaltung des Wehrsteuertarifs in der Art, dass die Mehrbelastung bei einem Einkommen ab Fr. 150'000.- für einen Verheirateten mit 2 Kindern einsetzt;
    - Bankenbesteuerung, einerseits durch eine verschärfte Besteuerung der Banken selbst und andererseits durch eine gesonderte Besteuerung bestimmter Bankgeschäfte. (NR Schmid-SG)

- Wollen die Sozialdemokraten eigentlich eine Finanzreform oder streben sie eine Gesellschaftsreform an? Die Antwort liegt auf der Hand. Sie erstreben mit Hilfe der Finanzreform die von ihnen gewünschte, von der Mehrheit des Volkes aber unerwünschte Abkehr von der freien Marktwirtschaft in Richtung Dirigismus an. (NR Schwarzenbach)

- Le projet proposé fait reposer tout le poids de la nouvelle charge fiscale sur les épaules des travailleurs:
  - d'accord avec la TVA, à condition qu'elle ne constitue pas une mesure isolée, mais qu'elle trouve place dans une révision fondamentale de tout le système;
  - les mesures en matière d'IFD ne sont pas satisfaisantes, car ce sont surtout les gros revenus et les grandes sociétés qui en profitent.

(CE Donzé)

- Le taux de TVA est trop élevé, et les modifications apportées à l'IFD sont anti-sociales.

(CE Morier-Genoud/PSS)

- Sur le fond, je tiens à répéter que la réforme fiscale que nous vous avons proposée au mois de mars est raisonnable et largement sociale. Elle est raisonnable, parce qu'elle demande un effort fiscal modéré: un milliard trois cents millions de francs. En 1975, le peuple suisse nous a déjà accordé à peu près la même somme en acceptant une augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires et des taxes routières. Elle est sociale parce que la charge de l'impôt de consommation sera la plus faible de l'Europe continentale. Elle est équitable en ce sens qu'elle allège considérablement la charge des petits et moyens contribuables.

(CF Chevallaz)

- La fiscalité fédérale a indéniablement un caractère social:
  - faible emprise de l'impôt de consommation (beaucoup plus bas que dans tous les pays européens);
  - forte progressivité de l'impôt direct. (CF Chevallaz)

- C'est la TVA la plus modérée de l'Europe industrielle (12 - 21 %). La progression de l'IFD est l'une des plus rapides et des plus fortes qui existe dans la fiscalité européenne.

La structure fiscale proposée soutient largement la comparaison sociale avec celle des pays socio-démocrates, avec leur TVA à 21 % et leurs salaires frappés à la source de 40 - 50 %.

(CF Chevallaz)

- La TVA suisse est certainement l'une des plus modiques du monde. D'ailleurs en 1978, le PSS avait soutenu le taux de 10 %, accusant même ceux qui voulaient le diminuer à 9 % de vouloir porter atteinte à l'acquis social! Notre IFD est en outre l'un des plus sociaux qui soient. 2,5 % des contribuables acquittent le 54 % du produit, peut-être même les 2/3 selon le projet présenté.

(CE Grosjean)

- Die vorgelegte Bundesfinanzreform ist in jeder Hinsicht überladen. Von irgendeiner wesentlichen Sparanstrengung kann keine Rede sein.

(NR Fischer-Bremgarten)

- Eine wirklich dauerhafte Sanierung der Bundesfinanzen unter Beibehaltung der gewachsenen Kompetenzverflechtung und -überschneidung ist nicht möglich. Was wir heute haben, ist ein völlig undurchsichtiges Gestrüpp von Subventionen und Subventiönchen, ein systemloses Dickicht von Beziehungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

(NR Oester)

- Ich bin überzeugt, dass die heutige Finanzvorlage zum Scheitern verurteilt ist. Man kann nicht einen Braten, der frisch zubereitet nicht geschmeckt hat, nach so kurzer Zeit zum zweiten Mal aufgewärmt auf-tischen und meinen, er werde diesmal geschluckt, weil er mit bunten, meist roten Konservenfrüchten hübsch garniert ist.

(NR Schwarzenbach)

(Vgl. dazu folgende Seite PRO und CONTRA.)

- Une vraie réforme des finances, ce serait un ensemble de mesures destinées à fournir des ressources substantielles à la Confédération et à répartir le plus équitablement possible la charge de ces impôts entre les contribuables. On peut, là, penser aux banques, à la circulation routière. Mais la vraie réforme des finances passe avant tout par une révision technique (substitution de l'ICHA` par la TVA, correction de la progression à froid, etc., suppression des limites de durée pour l'impôt indirect et l'impôt direct; taux de l'impôt anticipé). Et cette révision technique doit se faire avant la réforme des finances, car le peuple ne peut pas se prononcer sur les deux à la fois.

(CN Aubert)

- Wir sind für eine Gesundung der Bundesfinanzen. Ueber diese Vorlage sind wir aber enttäuscht. Unsere Vorschläge wurden nicht berücksichtigt. Die kalte Progression wird nicht vollständig beseitigt. Steuerpflichtige bis zu 700'000 Franken werden beschenkt. Wir lassen es nicht gelten, dass man von Gratisbürgern spricht. Auch die juristischen Personen erhalten Steuergeschenke. Die Erhöhung der Verrechnungssteuer ist nicht erfolgt, obwohl Vermögen in Milliardenhöhe nicht deklariert wird. (SR Wenk)

- Der neuen Vorlage fehlen die schöpferischen Ideen. Die Finanzstrategen sind müde geworden. Von Psychologie und Auswertung von Erfahrungen spricht man bei dieser Vorlage wenig. Die Subventionen müssen unter 5 Milliarden stabilisiert werden. (SR Heimann)

- Die neue Vorlage ist besser als die verworfene, dies namentlich aus der Sicht des Gewerbes. (SR Kündig)

- Die Zuwachsquote der Ausgaben wurde gebremst. Ohne neue Einnahmen geht es aber nicht, und neue Schulden wären nicht zu verantworten. Es werden vor allem die einkommensschwachen Kreise sein, die zu leiden haben, wenn der Bund seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. (SR Krauchthaler)

CONTRA

Bundesfinanzreform - Ausgabenpolitik/Sparpolitik - Finanzplan  
Réforme des finances fédérales - politique de dépenses/économies - plan financier

PRO

- Die landwirtschaftlichen Subventionen sollten um rund 300 Millionen Franken reduziert und auf diesem Betrag dann 90 Millionen für Flächenbeiträge aufgestockt werden. Das würde eine echte Hilfe für die Berglandwirtschaft bedeuten. (SR Heimann)
- Die Bundesfinanzen dürfen nicht auf Kosten der Krankenversicherung saniert werden. Wenn man bei den Subventionen an die Krankenkassen sparen will, spart man am falschen Ort. (SR Graf)
- Die vorgesehenen Steuermassnahmen bewirken eine soziale Demontage.
- Der Sparwille kommt in der neuen Finanzvorlage zu wenig zum Ausdruck. Die Einführung der Mehrwertsteuer ist mit keinen Sparmassnahmen verbunden. (NR Fischer-BE/Letsch)
- Eine neue Finanzreform hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie längerfristig einen einigermaßen ausgeglichenen Bundesfinanzhaushalt herstellt. (SR Hofmann)
- Nous pensons que les cantons sont mieux à même de gérer eux-mêmes l'assurance-maladie. C'est un retour à l'autonomie cantonale. (CF Chevallaz)
- Les dépenses de prévoyance sociale de la Confédération ont passé de 2'660 millions à 3 milliards, soit une augmentation de 13 % pour une croissance des prix de moins de 8 % et pour une hausse du PNB de moins de 4 %. (CF Chevallaz)
- Depuis 1974, un effort de redressement méthodique a été accompli, et cela malgré la récession. A fin 1974, les prévisions pour 1977 annonçaient 4 milliards de déficit. Il a été de 1,5 milliard. Malgré les programmes de relances, les dépenses ont été ramenées de 17 mrd's 600 mios à 16 mrd's. (CF Chevallaz)
- Il est douteux qu'un appel vigoureux à l'épargne soit conforme à l'intérêt actuel de notre économie. (CF Chevallaz)

- Die Neuaufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen ist zu überprüfen, denn während die meisten Kassen der Kantone und Gemeinden überlaufen, schmückt sich die Bundeskasse mit roten Zahlen. (NR Fischer-Bremgarten)

- Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen in dem Sinne, dass den Kantonen vermehrt Aufgaben zurückgegeben werden, die sie ebenso gut lösen können wie der Bund. Da den Kantonen dadurch finanzielle Mehraufwendungen entstehen, sind die direkten Steuern zu 100 % den Kantonen zu überlassen; der Bund müsste sich auf die indirekten Steuern beschränken. (NR Schalcher)

- Einsparungen bei der Entwicklungshilfe sowie eine zeitliche Erstreckung des Nationalstrassenprogrammes bringen eine jährliche Einsparung von 1 Milliarde Franken. Eine geringfügige Erhöhung der Warenumsatzsteuer, Einführung einer Vignette von 80 Franken für Autobahnbenutzer, 5 Rappen Benzinzollerhöhung, einmalige Abgabe von 5 % beim Neuananschaffungspreis eines Autos lassen 4,5 Milliarden in die Bundeskasse fließen. (NR Fischer-Bremgarten)

- Eine Finanzplanung muss Prioritäten enthalten. Eine solche wird zwar bereits in drei Gesetzesvorlagen gefordert, dennoch ist sie bis heute nicht verwirklicht worden. Für die Sanierung der Bundesfinanzen ist aber eine derartige Finanzplanung Voraussetzung. (NR Biel)

- Steuerpaket und Finanzplan bilden eine Einheit und müssen zusammen behandelt werden. (SR Heimann)

- Demande logique en soi. La révision des rapports entre Confédération et cantons est d'ailleurs en cours. Mais cela exige du temps et entretiens, les déficits courent, faute de ressources suffisantes. Le déficit et la dette s'accroissent et par là le service des intérêts. Nous ne pouvons plus attendre d'avoir pratiquement révisé la constitution avant de solliciter l'augmentation d'impôt modérée que nous demandons. Ces deux opérations doivent être parallèles. (CF Chevallaz)

- Der Finanzplan bringt eine Variante, wie die noch verbleibenden Defizite zu decken wären. Es wäre aber falsch, mit dieser Vorlage gleich auch konkrete Massnahmen zur Deckung der Defizite zu beschliessen und damit die Auseinandersetzungen auf Nebenfragen zu verschieben. (SR Hofmann)

Bundesfinanzreform - Auswirkungen im Falle einer Ablehnung  
Réforme des finances fédérales: conséquences en cas d'échec

CONTRA

PRO

- Il est essentiel d'assurer à la Confédération les moyens de sa politique, de sa politique sociale en particulier, les moyens des interventions économiques que la situation difficile pourrait demain requérir. (CF Chevallaz)
  
- L'échec de la réforme fiscale nous obligerait à recommencer tout l'exercice en 1970. Les données de base et les possibilités fiscales ne seront guère différentes de ce qu'elles sont aujourd'hui, à cela près qu'il nous faudrait porter en compte deux années de lourds déficits supplémentaires. D'autre part, le régime actuel venant à échéance à la fin de 1981, nous travaillerions le dos au mur. Les délais étant courts, le recours à des expédients sera inévitable. Les conséquences en seront donc l'insuffisance des moyens d'action de la Confédération dans un temps difficile, le recours à des expédients fiscaux socialement moins équitable par la force des choses, la pression à la contraction budgétaire et le blocage de la politique sociale. (CF Chevallaz)

- 24
- Die Mehrwertsteuer ist kompliziert und verursacht einen grossen administrativen Aufwand.
  - Die Mehrwertsteuer belastet die Dienstleistungen der Kosmetiker, nicht aber diejenigen der Banken, Versicherungen und Notare.
  - Die Mehrwertsteuer wird zu einer starken Erhöhung der Konsumentenpreise führen.
  - Die Mehrbelastung der Mehrwertsteuer wird vorwiegend durch die Konsumenten getragen.
  - Das Argument, dass die durch die Einführung der Mehrwertsteuer erfolgte Teuerung in den Index der Konsumentenpreise eingehe und somit durch höhere Löhne abgegolten werde, trifft in der Rezession in den wenigsten Fällen zu. So haben beispielsweise die AHV-Rentner schon lange auf ein Anheben ihrer Renten verzichten müssen. Aber auch die Arbeitnehmer in vielen Bereichen der Wirtschaft haben keinen Teuerungsausgleich in Anspruch nehmen dürfen. (SR Lieberherr)
- Le système proposé est plus simple sur le plan administratif. Le système du forfait permet d'alléger le travail des artisans et des petites entreprises. (CE Grosjean)
  - En frappant également les services, la TVA répartit plus équitablement l'imposition générale de la consommation. (CN Richter)
  - Cette augmentation restera modérée (1 ou 1,5 %). (CF Chevallaz)
  - En période de stabilité des prix, voire de dépression économique, l'augmentation de l'imposition indirecte n'exerce qu'une influence relativement négligeable. (CF Chevallaz)
  - Exemple: la hausse de l'ICHA de 27 % en 1976 n'a pas eu d'influence inflationniste. (CF Chevallaz)
  - Aufgrund von Zahlen vieler publikationspflichtiger ausländischer Unternehmungen lässt sich nachweisen, dass Erhöhungen der letzten Jahre zu einem grossen Teil bei der Unternehmungen hängen geblieben sind, bei entsprechendem Rückgang der direkten Steuerleistungen. (NR Eisenring)
  - Les taux prévus par le BFO 78 sont parmi les plus bas d'Europe. (CE Grosjean)
  - La TVA aux taux de 8/5/2,5 % est nécessaire pour pouvoir continuer à défendre l'acquis (en 1976, les socialistes ont accusé ceux qui voulaient réduire le taux de 10 à 9 % de vouloir s'attaquer à l'acquis). (CE Grosjean)
  - Mit der 9. AHV-Revision wurden die Renten der Lohnentwicklung und der Teuerung angepasst. (SR Kündig)
  - Es gibt keine namhafte Branche der schweizerischen Wirtschaft, die nicht mittelfristig den Teuerungsausgleich auf die Löhne gewähren würde. (SR Kündig)

CONTRA

- 25
- Die Mehrwertsteuer ist unsozial. (SR Weber)
  - Die Mehrwertsteuer ist wettbewerbsnachteilig für die Kleinbetriebe und fördert den Konzentrationsprozess; sie wirkt aus naheliegenden Gründen zudem arbeitsplatzfeindlich. Im Rahmen der echten Notwendigkeiten zur Erfüllung der Aufgaben des Staates ist die Umsatzsteuer zu vereinfachen und zu verbessern, im Sinne einer Einphasensteuer auf der Detailstufe. Dazu sind Ergänzungssteuern vorzusehen, die gleichzeitig als Steuerungsinstrumente für unsere wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung eingesetzt werden können. (NR Oehen)
  - Für Kleinbetriebe stellt die Mehrwertsteuer eine starke administrative Mehrbelastung dar, denn sie können diese nicht, wie die Grossbetriebe - durch einen Computer berechnen lassen. (NR Fischer-BE)

PRO

- Die Mehrwertsteuer ist eine soziale und gerechte Abgabe. Wer viel hat und sich viel leistet, wird von der Mehrwertsteuer stark belastet, wer nur über ein kleines Einkommen verfügt, bekommt diese Steuer nur schwach zu spüren. (SR Krauchthaler)
- Ce sont justement les milieux économiques qui ont préféré la TVA à une hausse de l'ICHA. L'ICHA frappe les investissements et les moyens d'exploitation, ce qui désavantage gravement les exportations suisses vis-à-vis de leurs concurrents étrangers.
- La TVA est économiquement neutre, ce qui n'est pas le cas de l'ICHA (distorsions de concurrence entre grossistes et non-grossistes). (CN Richter)
- Betriebe bis zu 300'000 Franken Jahresumsatz werden von der Steuerabrechnungspflicht befreit. Darunter fallen die meisten Kleinbetriebe.

TVA - Taux 7 ou 8 % ?

Mehrwertsteuer - 7 oder 8 % ?

CONTRA

PRO

- Der Satz ist von 8 auf 7 % zu senken, damit die - unsoziale - Mehrwertsteuer die Konsumenten nicht zu stark belastet. (SR Lieberherr)
- Reduktion ist nötig, um das Belastungsgleichgewicht augenfälliger zu machen. (SR Weber)
- 7 %, um in Rezessionszeiten die Wirtschaft nicht zu stark mit Steuern zu belasten.

- Die Sanierung der Bundesfinanzen muss nach wie vor Priorität haben. Ohne gesunde Finanzen sind wir mittelfristig nicht in der Lage, bewährte und unentbehrliche Institutionen in ihrem Bestand zu sichern und eine sich deutlich abzeichnende Wirtschaftskrise zu meistern. (NR Cantieni)
- Reduktion des Satzes um 1 Prozent bedeutet Mindereinnahmen von rund 750 Millionen. Diesen Betrag benötigen wir aber, um die Bundesschuld zu verzinsen, wobei diese Summe trotz niederen Zinssätzen nicht mehr ausreicht. (NR Cantieni)
- En 1976, les socialistes ont accusé ceux qui voulaient réduire le taux de 10 à 9 % de vouloir s'attaquer à l'acquis. (CE Grosjean)
- Le Conseil fédéral se réserve la possibilité de diminuer le taux si la situation économique l'exige. En inscrivant dans la constitution un taux réduit de 7 %, nous jouons prématurément la carte de la crise. Nous n'avons pas le droit de nous condamner d'avance au pessimisme. (CF Chevallaz)
- Avec une TVA au taux de 7 %, il est clair que l'équilibre du budget ne pourra pas être réalisé en 1981. (CF Chevallaz)

CONTRA

- Il faut, pour décharger un peu les couches populaires, fixer à un taux zéro les biens de l'actuelle liste franche de l'IchA. (CN Carobbio)

- Die AHV-Rentner erhalten mindestens für drei Jahre keine Rentenerhöhung. Deswegen ist es unsozial, diese Leute mit der Mehrwertsteuer noch stärker zu belasten. (SR Lieberherr)

PRO

- Avec des taux de 2,5/5/8 %, cela coûterait une perte de 1 milliard 60 millions. (CN Richter)

- Les biens de première nécessité sont déjà grevés par la taxe occulte de l'IchA. La TVA au taux zéro consisterait donc en une véritable diminution d'impôt sur ces biens, avec le paradoxe que les entreprises contribuables pourraient tout de même déduire l'impôt préalable de leurs déclarations. (CF Chevallaz)

- L'imposition prévue des produits de première nécessité est déjà parmi les plus basses d'Europe. (CF Chevallaz)

- In sozialdemokratisch regierten Ländern wird der Konsum stärker belastet. Nachdem wir früher 10 % Mehrwertsteuer und niedrigere Sozialabzüge hatten, kann man nicht mehr behaupten, die Opfersymmetrie sei nicht mehr da. (SR Hofmann)

TVA - Indice des prix à la consommation  
Mehrwertsteuer - Index der Konsumentenpreise

CONTRA

PRO

- 28
- Nach der heutigen Praxis gehen Preiserhöhungen in den Index der Konsumentenpreise ein, und zwar unbekümmert darum, ob das betreffende Gut aufgrund irgendwelcher Marktkräfte teurer wird oder ob der Staat für die Erhebung einer Zwangsabgabe zufällig den Warenpreis als Bemessungsgrundlage wählt. Weil die Umsatzsteuer mit dem Preis der Ware verschmilzt und als solche nicht mehr erkennbar ist, täuscht sie dann eine Teuerung vor. Diese ihrerseits löst Lohnbegehren aus, so dass über die weitgehend an den Index gebundenen Lohn- oder Rentenerhöhungen die als Entgelt für staatliche Leistungen gedachte Steuer dem Nutzniesser dieser Leistungen wieder zurückerstattet wird. (NR Letsch)

- Die Mehrwertsteuer hat eine reale Mehrbelastung der Konsumenten zur Folge. (NR Uchtenhagen)

- Dank dem Indexlohn sind Konsumsteuern keine Steuern, sie sind vielmehr Sonderabgaben für jene Lohnempfänger, Individualsparer und Selbständigerwerbende, welche die Teuerung nicht oder doch nicht voll weitergeben können. (NR Oehen)

- Der Antrag Letsch bewirkt, dass Rentner und Arbeitnehmer wegen der Einführung der Mehrwertsteuer einen Reallohnverlust von 2 % in Kauf nehmen müssen.

(NR Eggli)

- Der Antrag Letsch macht aus dem ökonomischen einen politischen Irrtum. Ein solcher Systemwechsel würde die Vorlage in der Volksabstimmung wohl überhaupt aller Chancen berauben. (NR Hubacher)

- L'indice des prix se rapporte à l'ensemble des sommes d'argent qu'il faut dépenser à l'achat des biens considérés, donc y compris les impôts indirects.

(CN Richter)

- Une majoration de l'impôt de consommation ne se répercute pas toujours automatiquement sur les prix. La définition des normes de l'indice est faite en grande partie par les partenaires sociaux et la modification du système serait actuellement politiquement très difficile. (CF Chevallaz)

- Trifft nicht zu, weil die Mehrwertsteuer wie die Umsatzsteuer in den Index der Konsumentenpreise einbezogen wird, der - mangels eines Lohnindex - als Basis der sozialpartnerischen Verhandlungen genommen wird.

(NR Eisenring)

TVA - Imposition des coiffeurs

Mehrwertsteuer - Besteuerung der Coiffeure

CONTRA

PRO

- Aus psychologischen Ueberlegungen sollten die Coiffeure von der Mehrwertsteuer befreit werden.

(SR Reimann)

- Bei den Coiffeuren handelt es sich um ein ausgesprochenes Kleingewerbe, das durch zahlreiche Kleinstbetriebe und inoffizielle Etagengeschäfte konkurrenziert wird. Dazu kommt der hohe Dienstleistungsanteil der Coiffeurbranche, der zu einer extrem starken Mehrwertsteuerbelastung führt und daher auch zu einer Wettbewerbsverzerrung führen kann.

(SR Kündig)

- Der psychologische Faktor ist sicher wichtig, er gilt indessen nicht nur für die Coiffeure, sondern auch für das der Mehrwertsteuer unterstehende Gastgewerbe.  
Die Pauschalabrechnung wird abrechnungsmässig für die darunterfallenden Coiffeure eine erhebliche Vereinfachung zur Folge haben.

(SR Hofmann)

- L'affranchissement de l'impôt sur le chiffre d'affaires jusqu'à 40'000 frs et l'extension du bénéfice du forfait jusqu'à 200'000 frs concernent la majorité des coiffeurs.

(CF Chevallaz)

- En cédant sur ce point, nous créons un précédent, en montrant qu'il suffit à certains milieux de manifester leur opposition à un projet pour que l'Etat leur fasse la fois suivante un cadeau, au mépris de l'intérêt général.

(CF Chevallaz)

- Es handelt sich hier um ganz typische Dienstleistungen am Endverbraucher.

(SR Hofmann)

- Il y a des raisons juridiques, fiscales, techniques, philosophiques d'assujettir ou non les quelques 4'500 coiffeurs concernés. Nous les avons assujettis pour des raisons objectives et d'égalité. (CF Chevallaz)

TVA - Imposition des architectes et des ingénieurs  
Mehrwertsteuer - Besteuerung der Architekten und Ingenieure

CONTRA

PRO

- Die Arbeiten der Ingenieure und Architekten sind von der Steuer zu befreien. Es gibt Wettbewerbsverzerrungen zwischen den staatlichen Architektur- und Ingenieurbüros und den steuerpflichtigen privaten Unternehmungen. (SR Hofmann)
  
- Diskriminierung eines einzelnen Zweiges der Dienstleistungen freier Berufe. Schwierige Abgrenzung der steuerpflichtigen Firmen, weil sich nicht alle Betriebe, die Ingenieur- und Architekturarbeiten ausführen, als solche bezeichnen. (SR Jauslin)

- Pas logique d'exonérer ces prestations en rapport avec les travaux immobiliers, car les prestations que fournissent les architectes et les ingénieurs débouchent sur des réalisations concrètes, liées aux opérations qui ont trait à l'industrie du bâtiment, qui sont déjà frappées par l'ICHA actuel. (CF Chevallaz)
  
- Chaque fois que cela s'avère possible, les pouvoirs publics font appel à des bureaux privés, et non à leurs propres services. (CF Chevallaz)

Mehrwertsteuer - Besteuerung juristischer Beratungsdienste und Vermögensverwaltungen  
TVA - Imposition des conseils juridiques, de la gestion de fortune, etc.

CONTRA

PRO

- Die Besteuerung von Rechtsberatungen hat Wettbewerbsverzerrungen zur Folge. Die Mehrwertsteuer wäre nicht mehr neutral. Staatliche Stellen, welche dieselben Leistungen erbringen wie private Stellen oder Personen, würden von der Steuer nicht betroffen. (NR Alder)
  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
- Die Besteuerung dieser Leistungen wird zu technischen und administrativen Schwierigkeiten führen.
  
- Unterstellt man die Anwälte der Steuer, so trifft das die Kleinen, weil der steuerpflichtige Klient die Steuer überwälzen kann. (SR Hofmann)
  
- Richter und Advokate wissen, dass der Hauptharst der Rechtssuchenden Leute mit kleinen Einkommen sind. Mit der Unterstellung der Advokaten erfährt aber der Rechtschutz eine Verteuerung. (NR Alder)



- Beratungs- und Vermögensverwaltungen sind aus psychologischen Gründen zu besteuern. (SR Herzog/Lieberherr)
  
- L'imposition des conseils, expertises, etc. se situe dans la logique du système de la TVA, qui veut qu'un très large éventail d'opérations soit frappé de l'impôt, et cela malgré les difficultés administratives qui en découleraient. (CF Chevallaz)
  
- Il est illogique que ne soient pas soumis à la TVA certains secteurs de la vie économique où se réalisent les plus hauts revenus, sans parler du problème de la fraude fiscale, bien connu dans certaines professions indépendantes. (CN Grobet)
  
- Il paraît choquant que certaines professions - parmi les plus lucratives que l'on connaisse dans notre pays - échappent à la TVA. (CN Grobet)
  
- Propos pas sérieux: la TVA est appliquée dans d'autres pays à ces services, et cela sans difficultés sur le plan technique. (CN Grobet)
  
- La TVA ne se répercutant pas totalement sur les consommateurs, l'impôt frappera également celui qui fournit les services. (CN Grobet)
  
- La clientèle des avocats ne se recrute pas en premier lieu parmi la clientèle modeste, et les notes d'honoraires élevées se font sur des affaires intéressantes. (CN Grobet)

CONTRA

- Das ist ein versteckter Angriff gegen das schweizerische Bankensystem.

PRO

- Il s'agit d'imposer le conseil au sens large, en tant que prestations de service. Les banques ne sont par conséquent que marginalement frappées, car il faudra assujettir à la TVA toutes les personnes, toutes les entreprises qui déploient ce genre d'activité et qui réalisent le chiffre d'affaires minimum. Cela comprend les avocats, les notaires, les sociétés fiduciaires, les agents d'affaires, les conseillers fiscaux, les banques, les sociétés d'assurances et les conseillers d'entreprises indépendants qui donnent des conseils à des tiers, moyennant rémunération. En outre, en matière de conseils, les banques ne se font en général pas payer, et les opérations de gestion de fortune ne sont parfois pas facturées. (CF Chevallaz)

Mehrwertsteuer - Besteuerung des Weins zu einem reduzierten Satz / Freigrenze für selbstkelternde Weinbauern

TVA - imposition du vin à un taux réduit / limite de franchise pour les vigneron-encaveurs

PRO

CONTRA

- Lors de la campagne qui a précédé la première votation sur la TVA, un vif mécontentement est né en Suisse romande au sujet du problème du vin.

La discrimination entre le vin, frappé aux taux maximum, et les produits comestibles, boissons non alcooliques, et autres produits de première nécessité - bénéficiant de taux favorable - a choqué en Suisse romande, non seulement les vigneron, mais bien des citoyens et des consommateurs.

Ceux-ci ne comprennent pas pourquoi la boisson élémentaire accompagnant le repas ne bénéficie pas d'un taux d'imposition privilégié.

Le vin, produit de notre terre, dépendant étroitement des grandes servitudes de l'agriculture, doit bénéficier d'une certaine sollicitude.

La culture de la vigne fait partie de notre patrimoine. Elle s'intègre dans cette paysannerie suisse qui est l'objet de nos soins attentifs.

(CE Grosjean)

- Les vigneron suisses sont singulièrement désavantagés par les conditions topographiques dans lesquelles ils travaillent.

Les frais de culture sont et seront toujours plus élevés chez nous qu'à l'étranger.

Il ne s'agit pas, bien sûr, de faire des discriminations entre vins indigènes et importés, mais il faut au moins que les vigneron suisses se sentent soutenus par leurs autorités lorsqu'il s'agit d'imaginer une échelle fiscale et d'y intégrer les divers produits.

L'attention vouée à l'agriculture doit être de la même qualité envers la viticulture.

(CE Grosjean)

- Si nous voulons nous faire une idée objective de la situation du vin en Suisse, il nous faut comparer l'imposition que nous proposons à celle qui est pratiquée dans les pays voisins, y compris certains pays viticoles:

Italie : 12 %; France : 17,6 %; Autriche : 18 % de TVA, 38 % au total; Belgique : 25 %.

(CF Chevallaz)

- Nous devons garder la mesure et ne pas donner à cette légère augmentation de l'imposition du vin une dimension dramatique et en faire un élément politique et d'opposition entre la Suisse alémanique et la Suisse romande. Encore une fois, il ne s'agit pas le moins du monde d'une pénalisation du vin.

(CF Chevallaz)

PRO

- Il faut quand même affirmer que le vin est un produit de notre terre et que la viticulture est une partie intégrante de notre agriculture.  
(CE Genoud)
- Si l'on s'en tient uniquement aux dégâts que cause le vin à la santé, je crois qu'il faudrait également revoir la liste des produits de première nécessité qui font l'objet du taux privilégié.  
Il existe aussi, dans bien des cas, une surconsommation de médicaments qui est préjudiciable à la santé.  
Je ne crois même pas que tous les journaux et toutes les revues sont bénéfiques pour l'état de santé de notre population. On pourrait en dire autant peut-être de la production animale, car la surconsommation de viande a aussi quelque chose à voir avec l'état de santé de nos citoyens. Rien n'est poison, tout est dans la mesure.  
(CE Genoud)

CONTRA

- Je pense même que la situation économique du vignoble est meilleure aujourd'hui qu'elle ne l'était à l'époque où il fallait procéder à des actions d'écoulement des surplus.  
(CF Chevallaz)
- Eine Ueberkonsumation von Wein schadet der Gesundheit.  
(SR Lieberherr)
- Man darf nicht der Weinproduktion ein Entgegenkommen zeigen, während wir in anderen Bereichen, zum Beispiel bei den Coiffeuren, eine harte Linie beibehalten. Warum wird nicht auch dem Bier oder gegorenem Apfelsaft eine Privilegierung eingeräumt?  
(SR Muheim)
- Die Privilegierung des Weins würde im Volk nicht verstanden, namentlich von jenen Kreisen, die um die Volksgesundheit besorgt sind.  
(SR Hofmann)

PRO

- Il est vrai que l'ICHA actuel ne fixe pas de taux spécial pour le vin. Mais une disposition inéquitable ne perd pas ce défaut parce qu'elle est appliquée depuis un certain nombre d'années.

L'inégalité subsiste et il faut profiter du nouveau projet pour apporter une correction qui est tout à fait justifiée.  
(CE Debétaz)

- Le vin est un produit de la terre; il honore les personnes qui la travaillent, il honore la personnalité du vigneron, son caractère, son tempérament, sa volonté de tenir. Nous avons de notre côté la devoir d'honorer ces qualités authentiques.

Le vin honore également les personnes qui l'apprécient, avec tout le respect dû à ses vertus.

Le vin n'est pas un produit de luxe. Il n'est pas réservé à telle ou telle catégorie de consommateurs.

Il est servi dans l'hôtellerie et la restauration; on le trouve dans les réfectoires de chantier, d'entreprises; on le boit aussi à domicile.

La population du pays tout entier, finalement, est concernée; le vin est précisément un produit particulièrement indiqué pour favoriser l'union des esprits et des coeurs, dans toutes les régions helvétiques.

Ne faisons donc pas du vin un objet de division.

(CE Debétaz)

CONTRA

- Depuis plus de 30 ans, le vin est soumis à l'ICHA normal sans que cette imposition ait démontré qu'elle était économiquement insupportable; elle n'a, que je sache, choqué personne pendant 30 ans, elle n'a pas non plus empêché la communion cordiale autour d'un verre ou de quelques bouteilles.  
(CF Chevallaz)

- Le passage des 6 à 7 % d'ICHA aux 8 % prévus pour la TVA ne majorera que d'une manière très minime le prix de la noble boisson, cela d'autant plus que la plus-value du cafetier et de l'hôtelier sur le vin sera de 5 % seulement par souci d'encourager le tourisme.  
(CF Chevallaz)

- Les quelques 500 vigneron-encaveurs qui, à la différence des coopérateurs et des vigneron-commerçants, échappaient jusqu'ici à l'impôt sur le chiffre d'affaires, seront dorénavant astreints à la TVA.

Mais les franchises et les forfaits prévus ainsi que les dispositions de l'ordonnance d'application que nous étudions actuellement, avec les représentants des vigneron-encaveurs, doivent rendre le passage à la fiscalité supportable, si ce n'est agréable.  
(CF Chevallaz)

- L'exonération prévue jusqu'à 40'000 frs de chiffre ne s'adresse pratiquement qu'à ceux que j'appellerai les "vignerons du week-end", c-à-d ceux qui, à côté de leur travail professionnel, cultivent quelques arpents de vignes et qui parfois, mettent eux-mêmes leur vin en bouteilles.  
Cette mesure ne toucherait pas par conséquent la classe des vignerons-encaveurs qui ne vivent que de leur métier.

(CN Mugny)

- Il faut dès lors exonérer du paiement de l'impôt les viticulteurs livrant moins de 400'000 frs de vin par an, parce qu'il s'agit de petits vignerons, de vignerons-proprétaires qui ne cultivent que 3 à 6 ha et qui ne vendent que le produit de leurs vignes. Ils sont quelque 260 en Suisse.

Il faut permettre à cette race de vignerons, dont le métier se transmet de père en fils et qui est attaché à sa terre, de continuer à travailler et à vivre. Si ces viticulteurs sont soumis à la TVA, ils risquent de disparaître en tant que vignerons-proprétaires et ils deviendront des commerçants, où alors il vendront toute leur production à des commerçants.

(CN Mugny)

- C'est vrai, mais actuellement, la situation est la même avec l'ICHA, et il ne faut pas oublier que le commerçant en vins a d'autres possibilités sur le plan financier: Il est au producteur ce que l'industriel est à l'artisan. Il a des possibilités plus grandes sur le plan du crédit, de l'organisation de la vente. Il ne court pas les mêmes risques que le propriétaire-vigneron.

(CN Mugny)

- Les vignerons constituent une catégorie spéciale. Il y a en Suisse quelque 400 à 500 petits propriétaires viticulteurs-encaveurs, 200 à 300 seraient touchés par cette proposition. Actuellement, ce gens ne sont pas soumis à l'ICHA. Comme ils sont Suisses romands en général, comme ils sont vignerons petits et moyens, il n'ont pas une vocation particulière pour les bureaux, pour les papiers et pour les impôts. Mais le principe de l'égalité devant l'impôt, les règles qui régissent la TVA vont incontestablement dans le sens de l'imposition de cette petite et aimable catégorie.

(CF Chevallaz)

- Une telle exonération paraît vraiment de nature à créer de graves inégalités de traitement en matière d'imposition fiscale du vigneron, du négociant en vin, du vigneron-proprétaire encaveur enfin.

Cette inégalité va porter un coup très dur à la compétitivité du commerce des vins, car tous les vignerons-encaveurs seront ainsi pratiquement exonérés.

(CN de Chastonay)

- Cela favoriserait essentiellement et pour une très large part des vignerons qui ont une exploitation importante.

(CN Cevey)

- De cette façon, les marchands de vin seraient soumis à la TVA alors que les producteurs indépendants ne le seront pas.

- L'exonération connue sous le régime de l'ICHA crée d'une part une inégalité de traitement et d'autre part, une distorsion dans les règles de la concurrence.

(CN Cevey)

- Les autres milieux viticoles, les vignerons-marchands et les coopératives viticoles se plaignent quelque peu de ce privilège.

(CF Chevallaz)

- Cela sera ressenti comme une injustice par l'ensemble des vignerons qui n'encavent et ne vendent pas eux-mêmes leurs vins, notamment par les coopérateurs.

(CN Cevey)

- Mesure considérée comme injuste par certains milieux de la viticulture.

Tout comme celle des produits agricoles, la production de vin est soumise de la même manière aux aléas de la nature - gel, grêle et autres intempéries.

Il y a des années où les vigneron-encaveurs ne gagnent rien, des années où il y a perte, et il en est de même dans l'agriculture ou dans l'horticulture.  
(CN Richter)

- De nombreuses mesures étatiques encouragent déjà la viticulture, mesures dont les vigneron-encaveurs bénéficient également.  
(CN de Chastonay)

- RR
- Die Vorlage entlastet Einkommen, die das Fünf- bis Sechsfache des Durchschnittseinkommens ausmachen. (NR Uchtenhagen)
  - Die Mehrwertsteuer bewirkt eine Verlagerung der Steuerlast auf kleine und mittlere Einkommen und entlastet die grösseren Einkommen. Deshalb muss eine Kompensierung erfolgen, indem die grossen Einkommen noch stärker belastet und die kleinen entlastet werden. (NR Uchtenhagen)
  - Wenn man mehr als die Hälfte der Steuerzahler von Steuern befreit, dann muss man diese Steuern aus Gründen der Gleichbehandlung und der Steuergerechtigkeit überhaupt aufheben. (NR Schalcher)

- La Suisse, n'est plus le paradis fiscal que d'aucuns dénoncent. En additionnant les impôts directs fédéral, cantonal et communal que paie un cadre moyen, on s'aperçoit que celui-ci donne environ entre 3 et 4 mois de ses revenus à la collectivité publique. Il s'agit là d'un plafond: certains Etats scandinaves et la GB ont imaginé d'aller, pour de tels revenus, jusqu'à 6 mois et plus. Le résultat ne s'est pas fait attendre: le citoyen ainsi pressuré, abusé, cesse de travailler avec la même intensité, la même ardeur. Et l'Etat et l'économie nationale sont appauvris d'autant. (CE Grosjean)

- Für eine überbordende Progression gibt es keine sachliche, sondern nur fiskalische Argumente. Man ruft immer nach sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit gibt es aber auch für Leute mit Einkommen von 100'000 Franken, die ihre Kinder ohne Stipendien und ohne alles, was der Sozialstaat anzubieten hat, studieren lassen. (SR Munz)
- Die Behauptung, wonach der Konsument die Mehrwertsteuer zu tragen habe, stimmt nicht, weil die Steuern nicht aus dem Index ausgeklammert werden. (NR Eisenring)

- Le caractère social de la fiscalité fédérale est confirmée par la structure fortement progressive de l'IFD.
- Auparavant, 70 % des contribuables aux impôts cantonaux et communaux étaient assujettis à l'IFD. Le projet fait passer cette proportion de 70 à 50 %, car il libère 35 % des contribuables IDN actuels.
- La progressivité a fait un bond considérable: le taux maximum a passé de 7,2 % en 1971 à 11,5 % en 1978. Le projet le porte à 13,5 %?

CONTRA

- Die kalte Progression trifft in erster Linie die kleinen und mittleren, weniger die grossen Einkommen.  
(NR Uchtenhagen)

- Für hohe Einkommen ist die Progression noch zu verschärfen.

PRO

- La forte progressivité de l'IFD constitue en quelque sorte un impôt sur la richesse avant la lettre.
- Il n'y a pas d'autre impôt en Europe qui libère le 50 % des contribuables et qui demande à 2 - 8,5 % de la population (100'000 frs et plus) plus du 50 % du rendement de cet impôt.  
(CF Chevallaz)
- La progressivité est supportable pour le moment, mais il est clair qu'une accentuation plus marquée encore de l'imposition fédérale incitera les contribuables bien placés, les plus mobiles, à choisir avec encore plus d'attention le canton et la commune la plus favorable, au détriment des communes de travail où la population ouvrière, moins mobile, domine. C'est aussi cette dernière qui en fera les frais. (CF Chevallaz)

- Der Abzug für Verheiratete und für erwerbstätige Ehefrauen sollte auf 5'000.- Franken erhöht werden. Letzterer insbesondere, um die steuerliche Begünstigung der Konkubinatsverhältnisse abzubauen. (SR Lieberherr/Heimann)
- Die Sozialabzüge sollten nach oben begrenzt oder gar reduziert werden, weil sonst die hohen Einkommen zu stark begünstigt werden. (NR Wagner/Diethelm/Riesen)
- Die Rücksichtnahme auf die mittelstarken und finanzschwachen Kantone gebietet uns bei der Festlegung der Sozialabzüge eine gewisse Zurückhaltung. (SR Bürgi)
- Zu hohe Sozialabzüge hätten neben dem unverantwortbaren Ertragsausfall für die Bundeskasse auch schwere Folgen für die kantonalen Steuererträge. Eine Erhöhung der Abzüge bei den direkten Bundessteuern gibt in der Regel zu entsprechenden Begehren bei den kantonalen und kommunalen Steuern Anlass. (NR Eng)
- Die Plafonierung der Sozialabzüge in Abhängigkeit des Einkommens, des Zivilstandes usw. ist zu kompliziert. Ein solches System könnte bei den Kantonen nicht zur Anwendung gelangen. (NR Eisenring)
- Bei den Sozialabzügen befinden wir uns in einem Stadium der Eskalation. Wir sollten uns an ein vernünftiges Mittelmaß halten. (NR Eisenring)

Direkte Bundessteuer/juristische Personen - Tarif

CONTRA

Impôt fédéral direct - personnes morales - tarif

PRO

- Au moment où l'on exige un gros sacrifice de la part du travailleur, il est indécent d'alléger l'imposition des sociétés. (CE Donzé)
- Le taux maximal de 11,5 % est illusoire dans la mesure où il ne sera atteint que par des rendements extrêmement élevés et rarement obtenus. (CE Donzé)
- En période de difficultés conjoncturelles, il est plus important d'aider les petites et moyennes entreprises que les grandes compagnies, qui souvent agissent contre nos instituts. Le tarif à 3 paliers favorise en effet les sociétés à fort capital. (CE Donzé)
- Die proportionale Besteuerung oder der Zweistufentarif sollten angestrebt werden. (SR Wenk/Donzé)
- Will man die Banken stärker besteuern, dann muss man dem Zweistufentarif zustimmen. (NR Biel)
- Actuellement, le rendement de beaucoup d'entreprises, moyennes et grandes, va en diminuant. Leurs efforts pour maintenir l'emploi ont diminué voire épuisé leurs réserves. Ce n'est donc pas le moment de les affaiblir encore par une imposition accrue, car c'est sur elles que reposent le plein emploi et les véritables prestations sociales. (CE Reverdin)
- Le tarif proportionnel permettrait peut-être de mieux atteindre certaines entreprises (banques) dont le rendement est relativement faible en fonction du très gros capital, mais il risquerait surtout de frapper très durement un grand nombre de petites et moyennes entreprises actuellement en difficulté, dont le bénéfice est bas en chiffres absolus. (CF Chevallaz)
- Es ist eine gefährliche Steuerpolitik, denn es gibt sehr enge Zusammenhänge zwischen der Ertragskraft der Unternehmung und der Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze. (SR Bürgi)
- Le véritable intérêt des travailleurs, c'est de travailler dans des entreprises prospères. Une entreprise faible ne peut pas pratiquer une politique sociale active. (CE Reverdin)
- Schlecht gewählter Zeitpunkt, weil Gesellschaften mit geringen Erträgen eher mehr belastet, Gesellschaften mit grösserer Rendite dagegen entlastet werden. (NR Hofmann)
- Bei der Einführung des Zweistufentarifs handelt es sich um eine klassische Strukturfrage, welche zum Kern der Diskussion bei der formellen Steuerharmonisierung gehört. Es wäre nun unglücklich, wenn der Bund hier vorangehen würde und eine grosse Differenz zu vielen Kantonen schaffen würde.

- Die Gesellschaften sind stärker zu besteuern.

- Il faut une fois pour toute dégonfler certains slogans fiscaux et les démystifier.

Les sociétés sont des éléments actifs de l'économie, Les frapper davantage, c'est frapper, avec les bénéfices, les réserves utiles en temps de récession, c'est freiner les investissements et le développement économique.

(CF Chevallaz)

- Steuererleichterungen auf dem Kapital von Gesellschaften sind ein unverschämtes Geschenk.

( SR Wenk)

- Minime concession à l'imposition des sociétés qui est, chez nous, plus forte que chez nos voisins. (CF Chevallaz)

PRO

Direkte Bundessteuer - juristische Personen - Minimalsteuer  
impôt fédéral direct - personnes morales - impôt minimum

CONTRA

- 43
- Die Minimalsteuer ist einzuführen, um den an Konsumenten verteilten Gewinn steuerlich zu erfassen.  
(SR Kündig/NR Schärli)
  - Mit der Einführung der Minimalsteuer sollten vor allem die Migros- und die Coop-Betriebe getroffen werden. Die Expansionspolitik dieser grossen Verteilerorganisationen gefährdet die kleinen Lebensmittelgeschäfte.  
(NR Fischer-BE)
  - In Sachen steuerliche Gleichbehandlung ist etwas nicht in Ordnung. Unternehmungen, die mehrere Milliarden Umsatz erzielen, dürften etwas mehr auf den Tisch des Vaterlandes legen. Die stossenden Unterschiede wirken sich auch im Konkurrenzkampf aus. Sie müssen endlich beseitigt werden.  
(NR Etter)
  - Es geht nicht um eine Diskriminierung der Genossenschaften, sondern darum, dass Gesellschaften, unabhängig ihrer juristischen Form, gleich hohe Steuern bezahlen.  
(NR Sigrist)
  - Sentiment que les grandes sociétés coopératives ne paient pas des impôts en rapport avec l'intense activité économique qu'elles déploient.  
(CN Thévoz)
  - Die Erfahrungen mit der Minimalsteuer in zahlreichen Kantonen rechtfertigen deren Einführung auf Bundesebene nicht; die Erträge der Minimalsteuer entsprechen ihrem Namen.  
(SR Hofmann)
  - Les expériences cantonales ont été décevantes. L'expansion des grands magasins tels que Migros n'a pas été freinée. Il rapporte fort peu. Inefficace et improductif.  
(CF Chevallaz)
  - Conséquences néfastes et inattendues: certaines entreprises touchées par la récession (bâtiment, bois, textiles, horlogerie, etc.) tombent sous le coup de l'impôt minimum.  
(CF Chevallaz)
  - Es handelt sich hier um eine gewerbepolitische Massnahme und um eine Diskriminierung der Genossenschaften. Die Minimalsteuer trifft auch kleine landwirtschaftliche Genossenschaften und Weinbaugenossenschaften.  
(NR Waldner)
  - Durch diese steuerliche Massnahme dürfte es kaum möglich sein, den in seiner Existenz gefährdeten gewerblichen Detailhandel zu retten.  
(NR Etter)
  - Die grossen Verteilergenossenschaften wie Migros und Coop bezahlen schon heute ihrer Leistungsfähigkeit angemessene Steuern.  
(NR Waldner)
  - Die Minimalsteuer geht zulasten nicht gewinnstrebigem Unternehmungen und trifft somit die schwächsten Glieder unserer Volkswirtschaft.  
(NR Waldner)

Direkte Bundessteuer - juristische Personen - jährliche Veranlagung

PRO

IFD - personnes morales - taxation annuelle

CONTRA

- Die jährliche Veranlagung der juristischen Personen ist bereits in zahlreichen Kantonen mit guten Erfahrungen eingeführt worden.
- Verringerung des administrativen Aufwandes, weil insbesondere die arbeitsintensiven Zwischenveranlagungen dahinfallen. (NR Welter)

- De nombreux cantons n'ont pas encore adopté la taxation annuelle. Il ne convient donc pas de leur imposer, depuis le niveau fédéral, deux méthodes différentes. (CN Richter)
- Nous préférons - tout en reconnaissant les avantages du système - ne pas bousculer les cantons et réaliser ce passage dans le cadre de l'harmonisation fiscale. (CF Chevallaz)

PRO

Wehrsteuer - Erhöhung der Kantonsanteile von 30 auf 33 1/3 % \*)  
IFD - augmentation de la part des cantons de 30 à 33 1/3 %

CONTRA

- 45
- Der Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer ist kein Geschenk des Bundes an die Kantone, sondern lediglich eine bescheidene Abgeltung für die Mitbeanspruchung des nach Verfassung den Kantonen reservierten Steuersubstrates.  
(SR Meier/NR Eisenring)
  - Die Kantone stehen auf dem Standpunkt, dass die Begrenzung der Kantonsanteile auf 30 % für einen Teil der Kantone bitter wäre und dass durch den neuen Wehrsteuertarif ein zusätzlicher Eingriff in ihr Steuersubstrat einträte. (NR Eisenring)
  - Die Ablehnung der Erhöhung der Kantonsanteile läuft den grundsätzlich berechtigten Bestrebungen entgegen, dieses Steuersubstrat vermehrt zu schonen und den Kantonen längerfristig betrachtet sogar zurückzugeben. (SR Meier)
  - Mit der Verringerung der Zahl der Wehrsteuerpflichtigen sinkt der Kantonsanteil an der Wehrsteuer.  
(NR Künzi)

- Wir versuchen, mit den Kantonen zu einer neuen Aufgabenteilung zu kommen und im gleichen Moment offerieren wir ihnen ohne Gegenleistung einen höheren Anteil an der direkten Bundessteuer. Dies zu einem Zeitpunkt, wo Kantone und Gemeinden sogar Gewinne anstelle der vorausgesagten Defizite aufweisen. (SR Heimann)
- Der Bundesrat verhält sich im Widerspruch zur eigenen Botschaft. Trotz den mehrheitlich guten Abschlüssen der kantonalen Rechnungen schlägt er uns vor, die Kantonsanteile zu erhöhen und den Finanzausgleich zu verbessern. (SR Heimann)
- Man kann nicht dem Bund mehr Geld verschaffen wollen und dann jede Gelegenheit benützen, um ohne irgendwelche plausible Begründung den Kantonen einen zusätzlichen Anteil aus der Bundeskasse zu verschaffen.

\*) Die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung wurde abgelehnt.  
L'augmentation proposée par le Conseil fédéral a été rejetée.

- Dem Bund soll die Kompetenz eingeräumt werden, bei der Verwendung des für den Finanzausgleich bestimmten Steuerertrages eine minimale steuerliche Belastung hoher Einkommen und Vermögen natürlicher Personen sowie von Gewinn, Kapital und Reserven der juristischen Personen vorauszusetzen. (SR Wenk)

- Es ist sachlich und politisch nicht vertretbar, die Vorlage mit einer materiellen Steuerharmonisierung zu belasten. (SR Vincenz)
- Es geht nicht an, Elemente der materiellen Steuerharmonisierung gewissermassen durch die Hintertüre hereinzuschmuggeln. (NR Letsch)

- La loi fédérale sur la péréquation financière intercantonale contient déjà des dispositions semblables, prévoyant que les cantons doivent exploiter leur capacité contributive. Mais la formule et les critères permettant d'analyser et de déterminer avec précision la capacité contributive, la capacité économique, d'un canton n'ont pas encore été découverts. Cette proposition n'ajouterait donc rien. (CF Chevallaz)

- Sans vouloir porter atteinte au fédéralisme, il n'en reste pas moins que l'absence d'un minimum d'harmonisation matérielle relève de la plus grande injustice. Elle devrait donc trouver un début de concrétisation dans le nouveau programme financier, car l'harmonisation formelle ne suffit pas. (CE Donzé)

- A deux reprises, le peuple a rejeté des initiatives (Indépendants et PSS) qui comportaient notamment une harmonisation matérielle totale ou partielle. En revanche, il a accepté en juin 1977 un article constitutionnel précisant les conditions de l'harmonisation et stipulant que celle-ci serait formelle. Nous devons nous en tenir à ces décisions du peuple et des cantons. (CF Chevallaz)

- Parmi les cantons, il y en a des faux pauvres et des faux riches. Les faux pauvres sont ceux qui ne font pas l'effort nécessaire pour se tirer eux-mêmes de leur misère et qui préfèrent recevoir des autres l'argent nécessaire. (CE Péquignot)

- Nous n'avons pas encore trouvé la clef du problème qui nous permette de déterminer les faux riches et les faux pauvres. (CF Chevallaz)
- Wir dürfen nicht am Finanzausgleich herumflicken, solange die neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen nicht klar geregelt ist. (NR Letsch)

CONTRA

Verrechnungssteuer - Satz

Impôt anticipé - taux

PRO

- Zur wirksameren Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist der Verrechnungssteuersatz auf 40 % zu erhöhen.  
(SR Wenk/NR Ammann-SG)

- Mit einem Steuersatz von 35 % figuriert die Schweiz international gesehen bereits als Spitzenreiter. Eine weitere Erhöhung des Steuersatzes könnte sich nachteilig auf die Währungslage und den Kapitalmarkt auswirken. Zudem ist nicht anzunehmen, dass mit einer weiteren Satzerhöhung der Steuerhinterziehung ernsthaft zu Leibe gerückt werden könnte.  
(SR Hofmann)

- L'augmentation des taux rendrait encore plus aigu le problème du non-remboursement d'intérêts sur les montants d'intérêt appartenant à toute une catégorie de petits et moyens épargnants, que la Confédération bloque pendant 2 ans ou presque. Il faudrait alors admettre qu'on leur en rembourse préalablement une partie, ce qui nécessiterait une comptabilité invraisemblablement compliquée.  
(CF Chevallaz)

- Mit der Erhöhung des Steuersatzes können die Verrechnungssteuereingänge erhöht werden.  
(NR Ammann-SG)

- Viele Ausländer, insbesondere solche, die nicht in den Genuss eines Doppelbesteuerungsabkommens kommen, werden im Ausland Anlagemöglichkeiten suchen.  
(NR Eisenring)

- Suisses et étrangers seraient invités à acquérir des titres étrangers non soumis à un impôt à la source, ou du moins à un impôt moins lourd.

- L'augmentation des recettes ne serait pas certaine (voir l'exemple de la hausse des droits de timbre).  
(CN Richter)

- Ein Anliegen der steuerehrlichen In- und Ausländer ist die Verzinsung der Verrechnungssteuerbeträge. Bei steigenden Verrechnungssteuersätzen werden sich diese Anliegen noch verstärken. Das würde aber den Bund 200 Millionen Franken jährlich kosten.  
(NR Eisenring)

- Während Arbeitnehmer mit ihren Löhnen faktisch im Stillstand sind, während Unternehmer der Exportindustrie nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen, während in der Hotellerie zwar noch die Uebernachtungszahlen stimmen, aber zum Teil nicht mehr die Kasse, während alle Prognosen für das Frühjahr einen wirtschaftlichen Rückschlag voraussagen, kassieren die Grossbanken allein über den Devisenhandel Gewinne, von denen andere nur noch träumen. (NR Hubacher)

- Einer Vorlage, die nicht dem Prinzip der Steuer-  
gleichheit entspricht - dazu gehört die Erfassung  
der Banken - müssen wir die Zustimmung verweigern.  
(NR Müller-BE)

- Wenn wir gewisse Bankgeschäfte mit einer Sonder-  
steuer belegen, so erzielen wir damit die dringend  
notwendige Redimensionierung des Finanzplatzes  
Schweiz. Dadurch wird der Höhenflug des Schweizer-  
frankens gebremst und die Exporte begünstigt.  
(SPS)

- Wir wehren uns entschieden dagegen, Hand zu bieten für eine Bankenbesteuerung, von der wir aufgrund der Erfahrung mit der Erhöhung der Stempelsteuer genau wissen, dass sie verfehlt ist. Wir bedauern, dass die Sozialdemokraten aus rein ideologischen Gründen an ihrem Konzept festhalten.  
(NR Rüegg)

- Quand nous parlons des banques, il ne faut pas oublier que la corporation bancaire, et son personnel (2,5 % de la population), paient 7 % des impôts directs de la Confédération, des cantons et des communes. Vous comprendrez bien que je souhaite que cela dure!

- Nous avons fait d'assez mauvaises expériences avec certaines impositions sectorielles, avec certaines majorations de taux qui, par le déplacement des opérations ou par d'autres échappatoires, dérobent la matière fiscale. (Ex. majoration de 50 % des droits de timbre = augmentation des recettes de 3 %).  
Les opérations bancaires ont cette capacité de se déplacer très rapidement par téléphone.

- Il est vrai que par son rayonnement international, la place financière suisse dépasse très nettement le gabarit de notre petit pays, que cela comporte d'indiscutables périls, que cela a contribué et peut-être contribue encore à la dangereuse ascension du franc suisse.  
Or, le rapport de la place financière et la place industrielle est, contrairement à certaines imageries d'Epinal, un rapport étroit. La place industrielle, comme le tourisme, comme le logement, comme l'agriculture, vivent en Suisse très largement sur le crédit, trop largement peut-être. Je crois que nous sommes un cas particulier.  
C'est un caractère de notre économie qui ne date pas d'hier. Dès lors, la liquidité des fonds, les très bas intérêts ont joué un rôle essentiel dans le développement de beaucoup de nos activités économiques, c'est un fait.

- 49
- Le redimensionnement de la place financière suisse pourrait avoir un effet bénéfique sur le taux de change du franc suisse, améliorer les revenus de l'industrie d'exportation et procurer ainsi à la Confédération des suppléments de rentrées fiscales, sans compter une situation plus favorable en matière d'emploi. (CE Donzé)

- Réduire délibérément, par une opération stratégique, les dimensions de la place financière, c'est aussi diminuer la liquidité de ses capitaux, c'est faire monter le taux de l'intérêt, c'est automatiquement créer des difficultés à l'industrie, faire monter les taux hypothécaires et les loyers. (CF Chevallaz)

- Fiscalement et économiquement, il n'est pas opportun de contraindre à un redimensionnement de la place bancaire. Fiscalement, c'est une diminution de notre rendement fiscal général puisque les banques, avec 2,5 % à peu près de la main d'oeuvre active, paient le 7 % de l'imposition directe. Economiquement, nous n'avons pas intérêt à réduire le potentiel d'appui que doivent et que devront davantage encore fournir les banques. (CF Chevallaz)
- On dit les banques surdimensionnées, mais il faut aussi penser avec objectivité au personnel qu'elles occupent, aux intérêts qu'elles paient, aux salaires qu'elles versent, et enfin aux impôts qu'elles paient aux niveaux fédéral, cantonal et communal. (CN Richter)
- La place bancaire suisse, qu'il est facile d'accuser de tous les maux et de tous les crimes contribue largement tout de même à la prospérité de ce pays, à son plein emploi par le bas intérêt qu'elle facilite, à la régulation des échanges internationaux et à leur animation. (CF Chevallaz)
- Il appartient aux banques de fournir à l'économie les capitaux dont elle a besoin et de s'organiser pour que la réunion, la collecte de l'épargne et la distribution du crédit se fassent aussi rationnellement et efficacement que possible. (CN Richter)

- Contrairement à ce que l'on a prétendu, les socialistes ne font pas de la diversion idéologique, mais il se pose le problème de l'équilibre entre la puissance bancaire et la puissance industrielle.  
(CF Donzé)

- L'opposition de la Finanzplatz Schweiz et de la Werkplatz Schweiz est économiquement un faux problème. Que nous le voulions ou non, elles sont imbriquées l'une dans l'autre.  
Les banques sont en effet étroitement engagées dans le tissu d'une économie qui s'est contruite sur un crédit abondant, parfois même surabondant, et à un taux très bas. Le démantèlement de la puissance bancaire ne peut donc pas s'exercer sans conséquences lourdes pour l'ensemble de l'économie et pour les places de travail.  
(CF Chevallaz)

- 50
- Wir anerkennen, dass Banken durchaus nützliche Funktionen in unserer Wirtschaft ausüben. Wir stellen aber deutlich fest, dass durch die Art der Besteuerung der juristischen Personen Banken und Finanzgesellschaften geschont werden. (NR Schmid)

- Dans le cadre de l'imposition normale, les banques font leur devoir fiscal.  
Pour l'IDN 16e période, elles paient un dixième de l'impôt sur les sociétés. Grosso modo, on peut estimer à un demi-milliard les impôts cantonaux, communaux et fédéraux laissés par les 4 grandes banques à la collectivité publique suisse.  
D'autre part, les banques remplissent un devoir de percepteur fiscal non négligeable, par le truchement de l'impôt anticipé, par exemple, et ce, avec un résultat net de 1 milliard 500 millions par an, chiffre qui correspond à un prélèvement d'impôt anticipé de l'ordre de 6 milliards.  
(CF Chevallaz)

- Le rendement de l'activité bancaire par personne occupée est certes relativement élevé. Mais cela n'est pas seulement favorable à une saine gestion des banques par la constitution d'importantes réserves, mais aussi à l'Etat. Les banques elles-mêmes paient 2,5 milliards d'impôts aux collectivités publiques.  
Une diminution de l'activité bancaire signifierait un recul des recettes des impôts directs, mais cela ferait disparaître aussi des sources d'impôt indirect.  
Et nous ne parlons ici que des banques; il ne faut cependant pas négliger toutes les professions et tous les emplois qu'elles créent, dont le développement serait moindre si notre pays n'était pas une place financière de premier ordre.  
(CN Richter)

PRO

- Le secteur bancaire est la branche de notre économie qui a le plus profité de la hausse du franc suisse et de l'afflux de capitaux étrangers qui en a été le corollaire, alors que le tourisme et les industries d'exportation durent, eux, supporter les effets négatifs.

De plus, les banques ne furent aucunement touchées par la récession, contrairement aux entreprises de la branche de la construction, aux industries d'exportation et au tourisme.

C'est là une raison de plus pour obliger enfin le secteur bancaire à faire sa part dans le cadre du nouveau régime des finances fédérales.

(CN Riesen)

- Wenn einerseits unser Bankgeheimnis so ausgestaltet würde wie in den umliegenden Ländern und wenn andererseits die juristischen Personen angemessen besteuert würden, dann müssten wir diese Sondermassnahmen gar nicht treffen. In der Schweiz entrichten die Banken trotz hoher Erträge relativ wenig Steuern, weil sie eine verhältnismässig kleine Rendite aufweisen. (NR Uchtenhagen)

CONTRA

- Les banques sont déjà touchées dans une très forte proportion, plus qu'aucune autre corporation, par l'imposition générale directe des cantons et des communes. Nous leur demandons actuellement et nous leur demanderons sur le plan économique un soutien considérablement accru aux exportations, au tourisme, aux branches économiques en difficultés. (CF Chevallaz)
- Ce n'est pas au moment où nous demandons aux banques d'intervenir plus fortement en soutien des industries d'exportation ainsi que de prendre une part à la garantie des risques à l'exportation - donc un effort de solidarité économique - qu'il faut simultanément mettre en cause certaines de leurs opérations et les frapper d'impôts qui compromettraient leur potentiel. Cela risquerait de provoquer la détérioration de notre économie, au bon fonctionnement de laquelle - qu'on le veuille ou non - le potentiel bancaire contribue. Les banques ont sans doute crû trop fort, mais nous doutons que leur redimensionnement rapide soit dans l'intérêt de notre économie et des places de travail. Ce n'est pas une question de sympathie pour elles, c'est une simple constatation économique. (CF Chevallaz)

- Kein anderes Land kennt eine Sonderbesteuerung für die Banken (NR Schatz)

- Nous demandons que les banques soient appelées à faire un modeste effort dans le cadre global du nouveau régime financier. (CN Riesen)

- Avec leurs profits actuels, les banques sont tout naturellement les premières visées: "on les a dans le colimateur".

Mais comment peut-on les toucher, comment peut-on les frapper sans léser des activités productives dont bénéfice en définitive toute l'économie du pays.

On ne peut se permettre de faire des expériences à la légère dans ce domaine.

Dans des situations de cette sorte, il convient d'appliquer le proverbe qui dit "dans le doute, abstiens-toi".

(CN Richter)

- Nous sommes pessimistes à l'encontre des opérations sectorielles sur les opérations bancaires: la hausse de 50 % des droits de timbre n'a rapporté que 3 % de recettes en plus. (CF Chevallaz)

- Warum dieser parlamentarische Eifer zum Schutz eines Wirtschaftszweiges, dem es sehr gut geht, der als einziger Zweig Rezession und Blüte der Wirtschaft gewinnbringend ausnützt? (NR Gerwig)

- Will man ein solches Steuersystem aufstellen, muss man diejenigen Wirtschaftszweige, denen es gerade besonders gut geht, speziell besteuern. Das träfe beispielsweise jetzt auch für die Migros und die Versicherungen zu.

(NR Schatz)

PRO

- 55
- Es ist mir vollständig unerklärlich, dass es in diesem Saale möglicherweise eine Mehrheit von Parlamentariern gibt, die - aus welchen Gründen auch immer - eine Besteuerung unserer Banken ablehnen, obgleich der Bund das Geld dringend benötigt.  
(NR Gerwig)
  - Nous menons un combat d'arrière-garde contre la défense de la forteresse bancaire. (CN Donzé)
  - Wir sind nicht bereit hinzunehmen, dass die Hauptlast der Steuern letztlich die Arbeiter und Konsumenten, aber auch die Exportindustrie und die schweizerische Binnenindustrie, das Gewerbe und die Bauern trifft, dass aber ausgerechnet die Banken von Lastenausgleich verschont bleiben sollen.  
(NR Gerwig)

CONTRA

- Alle die vorgeschlagenen Bankensteuern wirken für den Fiskus aller Voraussicht nach kontraproduktiv. Selbst bei einer minimalen Verrechnungssteuer auf Treuhandgeldern lässt die Nationalbank die Gefahr der Abwanderung durchblicken.  
(NR Auer)
- Il ne s'agit pas pour nous de défendre une forteresse, mais de rechercher une imposition raisonnable des activités des banques.  
(CE Reverdin)
- Il nous reste encore à étudier la question de l'imposition des opérations fiduciaires au titre de l'impôt anticipé; nous examinerons également la possibilité et l'opportunité de prélever une taxe sur les opérations sur devises.  
Les banques sont donc au centre de nos préoccupations et ce, même si pour leurs opérations essentielles et l'opération de crédit, nous estimons ni opportun ni justifié de les soumettre à la TVA.  
(CF Chevallaz)
- Wichtig ist es bei der Sanierung der Bundesfinanzen, nicht Parteipolitik und nicht Wahlpolitik, sondern Staatspolitik im ureigensten Sinne zu betreiben. Es ist unsere Pflicht, den Bürgern zu sagen, was nötig ist, und nicht, was der Bürger wohl im Moment am liebsten hört.  
(SR Muheim)
- Man sagt, die Mehrwertsteuer sei eine Konsumsteuer und belaste den Konsum; und dann - in einer merkwürdigen Logik - folgert man: deswegen müssten auch Banken ihren Beitrag leisten, als ob die Banken Konsumenten wären.  
(NR Schatz)

- Wenn die Banken einen schlechten Ruf haben, so ist das nicht unser Fehler, das liegt an den Banken selber.  
(NR Gerwig)

- Wenn die Finanzvorlage bei der Abstimmung eine Erfolgchance haben soll, dann müssen wir die Banken zusätzlich besteuern. Diese haben in den letzten Jahren zusätzliche Gewinne erzielt, während die ganze Wirtschaft, die Hotellerie, die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Unternehmer in Schwierigkeiten stecken.  
(NR Hubacher)

- Ich bin nicht für eine Strafexpedition gegen die Banken, sondern nur für eine gerechte Verteilung der Lasten.  
(NR Gerwig)

- Dass es populär ist, die Banken anzugreifen, das wissen wir auch. Aber wir lehnen es ab, aus politisch-opportunistischen Gründen Steuern zu beschliessen, die dem Fiskus nichts einbringen.  
(NR Auer)

- Quels que soient les sentiments de vindicte que l'on nourrit dans certains milieux à l'égard de tel ou tel secteur de notre économie, nous devons veiller à ne pas affaiblir celle-ci dans une mesure telle que, demain ou après-demain, elle ne puisse plus jouer son rôle dans le maintien ou le rétablissement de la prospérité.  
(CN Cevey)

- On peut penser ce qu'on veut des banques, on peut les aimer ou ne pas les aimer, mais nous devons bien considérer que notre économie est toute entière tissée de crédits.  
Ce n'est pas du tout une exaltation de la puissance bancaire, mais une constatation de faits. Nous sommes endettés, notre économie a beaucoup plus que d'autres vécu sur le crédit.  
En frappant les banques, en tentant de redimensionner les banques par des opérations fiscales, nous frappons de plein fouet l'économie dans son ensemble.  
(CF Chevallaz)

- Si l'on condamne la place financière suisse, vous avez quantité des candidats à la succession qui sont disponibles et qui travaillent déjà.  
Il n'est pas exagéré de dire que le Luxembourg est déjà une place financière surdéveloppée, elle aussi, dont les Etats du Marché commun s'accomodent d'ailleurs fort bien pour toutes sortes de raisons et d'intérêts et je ne pense pas que M. Callaghan cherche à démobiliser la place bancaire de Londres mais au contraire à lui maintenir une certaine activité car il en mesure aussi les avantages.  
(CF Chevallaz)

CONTRA

- Die angestrebten Massnahmen im Bankensektor sind heikel und mit vielschichtigen Problemen behaftet. Sie müssen gesamthaft angegangen werden und nicht durch Einzelaktionen präjudiziert werden. (NR Weber Leo)
  
- Wir brauchen Lösungen, die politisch richtig und sachlich nicht falsch sind. Weil die SP-Bankenbesteuervorschläge sachlich falsch sind, können wir ihnen nicht zustimmen. (NR Auer)

PRO

Banken - Besteuerung der Bankleistungen  
Banques - Imposition des prestations bancaires (par la TVA)

CONTRA

- Nombre de nos concitoyens ne comprendraient pas que l'on puisse demander des milliards supplémentaires à tous les contribuables, du plus modeste au plus riche, par le biais de l'introduction de la TVA, mais qu'on ne soumette pas les prestations bancaires à cet impôt. (CE Morier-Genoud)

- On rencontre souvent une incompréhension totale à l'égard de ce problème. Il paraît dès lors essentiel, psychologiquement, de soumettre les opérations bancaires à la TVA si nous voulons que ce paquet financier ait une chance d'être adopté par le peuple. (CE Morier-Genoud)

56 - Diejenigen, die im gegenwärtigen Zeitpunkt leicht verdienen, sollen besteuert werden. (SR Graf)

- Wenn Bankleistungen mit der Steuer belastet werden sollen, sind es nicht die Banken, die letztlich die Steuer bezahlen, sondern die Bankkunden. Die Bank hat dann noch den Vorteil, dass sie auf all ihren Investitionen und Anschaffungen die Vorsteuer abziehen kann.

(SR Muheim/Munz)

- Die Kunden sind oft kleine Leute, und diese sind es schlussendlich, die die Steuerbelastung tragen müssen. Als letztes Glied der Kette können sie die Steuer nicht mehr überwälzen. (SR Krauchthaler)

- Les opérations de crédit forment le 60 % des activités bancaires et du chiffre d'affaires des banques. Les frapper de la TVA, ce serait donc contribuer à la hausse du taux de l'intérêt avec ses conséquences économiques et sociales; ce serait également, à l'encontre du constructeur d'une maison, par exemple, le frapper doublement. Il serait frappé par la construction des bâtiments, par la TVA sur les travaux de génie civil et il le serait en même temps sur les crédits qu'il sollicite de la banque. Ce n'est économiquement pas souhaitable et je ne pense même pas défendable en matière de logique fiscale. (CF Chevallaz)

PRO

- Unterstellen wir die Banken nicht der Steuer, so wird auch diese Vorlage keine Gnade vor dem Souverän finden. (SR Herzog)
- Die Unterstellung der Banken muss aus taktischen Ueberlegungen erfolgen. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn ausgerechnet diese erfolgreiche Sparte von der Steuer befreit würde. (SR Lieberherr)

CONTRA

- Une imposition des opérations fiduciaires dans le cadre de la TVA nous paraît problématique dans sa délimitation, dans son rendement et dans ses conséquences économiques. (CF Chevallaz)
- L'un des quatre partis cherche des prétextes et en a trouvé un: l'imposition des banques, pour ne plus soutenir ce qu'il avait soutenu auparavant. (CE Reverdin)
- Der psychologische Aspekt ist unbestreitbar; die Besteuerung der Banken weckt Sympathien beim Volk. Auf der andern Seite bin ich nicht überzeugt, dass objektive Information die Zahl der Freunde, die wir für die Vorlage schaffen, grösser sein wird als die Zahl der neuen Gegner, die sich infolge dieser Ausweitung ergeben wird. (SR Krauchthaler)
- Die Unterwerfung der Bankleistungen unter die Mehrwertsteuer würde das Gesetz in seiner ratio legis denaturieren. Die Mehrwertsteuer soll sich auf Waren oder Leistungen beziehen, die eine gewisse Aehnlichkeit mit der Erzeugung und dem Absatz von Waren haben. (SR Masoni)

- L'imposition des avoires fiduciaires des banques me paraît un bel exemple de ce qui pourrait être fait si l'on montrait un peu d'imagination.

(CE Morier-Genoud)

- L'imagination au pouvoir, oui, mais pas n'importe quoi!  
(CE Grosjean)

- Mit dieser Vorlage wird die Rechtsgleichheit einfach beiseite geschoben.  
(SR Munz)

- La non-imposition des activités fiduciaire des banques va à l'encontre de l'exigence aujourd'hui largement admise d'un renforcement de la lutte contre la fraude fiscale (CE Donzé)

- Motif purement d'opportunité politique. En réalité, certains souhaitent une sorte de redimensionnement de la place financière suisse. (CN Richter)

- Mutet man dem Volk höhere Steuern zu, so hat man auch dafür zu sorgen, dass Leute mit grossem Vermögen ihre Steuern ehrlich versteuern müssen.

(NR Stich)

- L'imposition de ces opérations est un élément essentiel de l'accueil favorable par le peuple du projet financier. (CE Morier-Genoud)

- Prétendre que l'on fera capoter la réforme des finances en refusant l'imposition des opérations fiduciaires, ce n'est plus un argument, c'est un prétexte. (CE Grosjean)

- Il faut imposer ces activités fiduciaires, activités qui procurent à nos banques des revenus d'autant plus intéressants qu'ils sont tirés d'opération pour lesquelles celles-ci n'assument aucun risque.

En franchissant ce pas, nous manifesterions notre volonté politique de frapper avec plus d'équité, avec plus de justice.

Comment imaginer en effet que le contribuable moyen accepte des impôts nouveaux s'il a le sentiment que d'autres peuvent s'en tirer à trop bon compte.

(CN Meizoz)

- Die Besteuerung der Treuhandgeschäfte wird sich günstig auf die Währungslage auswirken.

- Influence peu importante, du fait que ces opérations sont le plus souvent effectuées en monnaies étrangères. (CN Richter)

- Mesure modeste qui ne touche pas à la substance des banques, mesure inattaquable sur le plan de l'équité, et qui se justifie entièrement (CE Morier-Genoud)

- Le banques ne mourraient sûrement pas de cet impôt, mais quelle en serait sa rentabilité ? (CE Grosjean)

PRO

CONTRA

- C'est largement exagéré: la BNS est beaucoup plus réservée, beaucoup plus prudente à ce propos. (CN Meizoz)
- Comme à chaque innovation, on brandit aussitôt le danger d'une fuite de ces opérations à l'étranger. Il y a certes un risque, mais il ne faut pas dramatiser. (CE Morier-Genoud)
- Il n'est pas question de vouloir tuer la poule aux oeufs d'or. A ce sujet, il y a des légendes qui ont la vie dure. Il est difficilement soutenable d'affirmer que la place financière suisse perdrait de son importance si une telle mesure était votée. - L'apocalypse des banques n'est pas pour demain! (CN Meizoz)
- Diejenigen, die die Treuhandanlagen benützen, haben, wenn sie ehrliche Steuerzahler sind, das Anrecht auf Rückerstattung der 5 %igen Verrechnungssteuer. Das gleiche trifft auch für Ausländer zu, wenn ihr Staat ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz abgeschlossen hat. (NR Stich)
- Das Schweizerische Bankgeheimnis ist den Anlegern 5 % Verrechnungssteuer wert. (NR Stich)
- D'autres raisons font que la place financière suisse demeure ce qu'elle est, c-à-dire attractive, déduisante. La principale en est le secret bancaire. (CN Meizoz)

- Eine Zustimmung zu dieser Steuer würde bedeuten, dass keine Treuhandgeschäfte in grösseren Beträgen mehr über die Schweizer Banken abgewickelt würden. (NR Röthlin)
- Il est à craindre que l'assujettissement des intérêts d'avoirs fiduciaires provoque une évasion importante de ces opérations à l'étranger. Il est vrai qu'il subsiste un doute et que personne ne peut sincèrement et honnêtement dire quelle serait l'importance de ce volume de déplacement. (CN Richter)
- Von den rund 57 Milliarden Treuhandgeldern des Jahres 1976 entfielen rund 90 % auf ausländische Bankkunden. Diese können sehr leicht ihre Bank wechseln oder von ihren bisherigen schweizerischen Banken verlangen, dass die Abwicklung ihrer Treuhandgeschäfte verrechnungssteuerfrei über die ausländischen Niederlassungen oder Korrespondenzbanken erfolgen soll. (SR Hofmann)
- Der grosse Teil der Treuhandgelder stammt aus nahöstlichen Ländern, die mit der Schweiz kein Doppelbesteuerungsabkommen haben und also keine Rückerstattungsforderung stellen können. Hier besteht natürlich die Gefahr der Abwanderung. (NR Schatz-SG)
- Die Quintessenz dieser Steuer ist die, dass es fiskalpolitisch gar nicht erwünscht ist, dass Ausländer die Steuer zurückverlangen. (NR Eisenring)
- Bei den Treuhandgeschäften ist die Konkurrenz derart gross, dass beispielsweise um Kommissionen von einem Sechzehntel Prozent gekämpft wird. Das gilt vor allem für die hohen Beträge, welche professionell angelegt werden und damit äusserst sensibel auf nur geringe Ertragsminderungen reagieren. (NR Röthlin)
- Auf diesen Operationen können die Banken nur sehr tiefe Kommissionen verlangen, was darauf schliessen lässt, dass das Bankgeheimnis keine entscheidende Rolle spielt. (SR Hofmann)

## PRO

## CONTRA

- Treuhandgeschäfte sind aus Gründen der Steuerumgehung sehr attraktiv. Rund 90 % der über Schweizer Banken getätigten Treuhandanlagen entfallen auf ausländische Kundschaft. Es ist also grösstenteils ausländisches Steuerfluchtkapital, das über die Schweizer Banken und im Schutze des hier obwaltenden Bankheimnisses zumeist auf dem Euromarkt gut verzinslich angelegt wird. Darf der Finanzplatz Schweiz ein weiteres Ansteigen dieser Entwicklung entgegennehmen? Hat er diese Geschäftssparte überhaupt nötig? (NR Bundi)

09 - Die Abwanderung der Treuhandgeschäfte ist möglich, aber keineswegs sicher. Die geordneten Verhältnisse in der Schweiz und das Bankheimnis ist den ausländischen Kunden etwas wert. Das Risiko kann daher in Kauf genommen werden. (SR Heimann)

- Treuhandgeschäfte stellen sogenannte Paketgeschäfte dar - in Verbindung mit andern Bankgeschäften für die betreffenden Kunden - und es bestünde das Risiko, dass mit den Treuhandgeschäften auch andere Leistungen für die nämlichen Kunden abwandern würden. Das würde die Ertragslage der Banken schwächen, woran Bund, Kantone und Gemeinden kein Interesse haben. (SR Hofmann)

- Pour les riches étrangers qui font de telles opérations, un simple coup de téléphone leur suffit pour faire appel à des voies parallèles au système bancaire suisse. (CE Grosjean)

- Ich verweise auf die Aquisitionstätigkeit grosser ausländischer Banken in der Schweiz, die sehr daran interessiert sind, hier Kunden zu gewinnen und ausländische Kunden, die die Schweiz zurzeit noch hat, abzuwerben. Solche Bestrebungen dürfen wir in ihrer Tragweite nicht unterschätzen. (NR Eisenring)

PRO

- Quant aux inconvénients, ils ne doivent pas être dramatisés. Il ne s'agit pas d'un "défi à la puissance bancaire". Cette proposition est même assez marginale quant à ses effets.

(CF Chevallaz)

- 61
- Die Besteuerung der Treuhandgelder würde rund 140 Millionen Mehreinnahmen bringen. Gleichzeitig könnte man auch bekunden, dass man die Steuer nicht einseitig auf einen Teil der Konsumenten abwälzen will, sondern auch die Banken zusätzlich belastet.

(SR Weber)

- La question fondamentale est celle de la finalité de la fiscalité. Doit-on à tout prix sauvegarder la Suisse place financière au risque de sacrifier la Suisse place de travail? Les 140 - 150 millions proposés ne seraient-ils pas précisément utiles pour créer des postes de travail?

(CE Morier-Genoud)

CONTRA

- Die Gefahr der Abwanderung dieser Geschäfte darf nicht unterschätzt werden. Leicht könnten die Nachteile der Verrechnungssteuer auf Treuhandgeschäften die Vorteile überwiegen.

(SR Hofmann)

- Die Gefahr der Abwanderung kann nur gebannt werden, wenn sich alle umliegenden Staaten zur gleichen Massnahme entschliessen könnten.

(SR Muheim)

- Le chiffre de 140 millions est très certainement surévalué. Si, ainsi qu'il est prévisible, la moitié au moins des affaires émigrait hors de Suisse, cela ne ferait plus que 70 millions. Et parmi ceux qui auraient payé cet impôt anticipé, il y en auraient tout de même un certain nombre qui, en vertu des accords de double imposition, auraient droit au remboursement.

Il ne s'agit donc que d'une cinquantaine de millions qui ne sont même pas assurés pour l'avenir, car il n'est du tout dit que la Suisse continue à être une place bancaire où l'on fera de telles opérations.

(CE Reverdin)

- Les recettes supplémentaires estimées à 140 millions ne seraient en réalité que de peu d'importance, et cette imposition pourrait même, par un autre truchement, amoindrir le produit des impôts de la Confédération, des cantons et des communes, vu la diminution qui s'en suivrait au titre du revenu des banques.

(CN Richter)

- Die Gefahr der Abwanderung besteht. Daran hat der Fiskus aber kein Interesse. Die Kommissionen der Schweizer Banken aus solchen Treuhandgeschäften machen pro Jahr rund 200 bis 250 Millionen aus. Der Gewinn dürfte rund 200 Millionen betragen. Auf diesen Gewinn entfallen an direkten Steuern rund 60 Millionen.

(SR Hofmann)

- Für den Kunden sind Treuhandgeschäfte aus Gründen der Steuerumgehung so attraktiv. (NR Bundi)
- Es bietet sich hier Gelegenheit, einem Geschäft ein bisschen zu Leibe zu rücken, welches so anonym ist, dass ein Kapital- und Steuerflüchtling im Extremfall sich selbst ein gewaschenes Darlehen, alles umter dem Schutz des Bankgeheimnisses, gewähren kann. (NR Bundi)

- Pour des raisons de concession politique, le Conseil fédéral a admis cette imposition par l'impôt anticipé des placement fiduciaires, parce que ce sont les opérations bancaires qui comportent le moins de risque et qui ne sont pas gravement dommageable. Il s'agit donc là d'une opération avant tout politique, fiscalement et économiquement discutable, mais possible ! (CF Chevallaz)
- Parmi les différents projets d'imposition des banques, ou de leurs clients, le Conseil fédéral a choisi la solution, pour ne pas dire la plus efficace, mais du moins la moins dommageable : imposition juridiquement possible et administrativement assez facilement réalisable avec un taux faible.
- 90 % de ces dépôts proviennent de l'étranger, 10 % seulement de la Suisse. Personne ne peut dire combien de ces dépositaires étrangers retireraient leur dépôt ou combien le transféreraient dans un siège étranger, d'un simple coup de téléphone, ou combien en demanderaient ou obtiendraient le remboursement - du moins dans les pays où nous avons des accords, par le jeu de la double imposition. Nous ne pouvons donc absolument pas dire combien cet impôt rapporterait, si c'est 50 millions ou si c'est 150 millions. Si nous nous basons sur l'expérience faite avec l'augmentation des droits de timbre (majoration de 50 % des taux; 3-5 % de plus de recettes !), nous pouvons dire qu'il arrive que certaines opérations fiscales soient peu rentables, car la masse fiscale - et dans les opérations bancaire, c'est hélas le cas - se déplace très vite. Cela d'autant plus que nous ne devons pas ignorer qu'il existe en dehors de la Suisse bon nombre de places bancaires candidates à la succession de Zurich ou de Bâle. (CF Chevallaz)

Banken - Devisensteuer

PRO

Banques - droit de timbre sur les opérations sur devises

CONTRA

- 63
- Es besteht keine grosse Gefahr der Abwanderung dieser Geschäfte, wenn sie der Verrechnungssteuer unterstellt würden.

- La technicité des problèmes posés exigera du temps si l'on veut vraiment faire le tour de la question. Il y a à nouveau le danger de fuite à l'étranger de certaines transactions et les risques de pertes de places de travail dans le secteur bancaire.

(CN Richter)

- Die inländischen Banken würden ihre Devisengeschäfte künftig nach Möglichkeit im Ausland abwickeln, und dann würden nicht einmal mehr die bisherigen Erträge, die sich in der Einkommensentwicklung der Banken niederschlagen, zur Verfügung stehen. Die Kundschaft von inländischen Banken würde die Geschäfte ausländischen Banken im Ausland übertragen.

(NR Eisenring)

- L'opération serait vraisemblablement peu rentable: les 200 millions qu'on pourrait escompter de la perception d'un droit au taux de 0,1 % serait probablement une illusion, car il serait extrêmement facile de transférer ces transactions sur devises dans des pays où elles ne sont pas imposées.

Au cas où les opérations sur devises seraient déplacées à l'étranger, il y aurait en plus le risque d'internationalisation du franc suisse, avec ses conséquences néfastes.

(CF Chevallaz)

- Motion à rejeter, car le rendement de ce droit ne nous paraît pas significatif, et ses effets seraient fâcheux pour l'économie bancaire.

En outre, son introduction aurait des effets secondaires indésirables dans le domaine de la politique monétaire.

(CF Chevallaz)

Motion mit 93 gegen 47 Stimmen abgelehnt

PRO

CONTRA

- Autobahnvignette und Schwerverkehrssteuer sind keine Belastung für die Vorlage. Das Gegenteil ist der Fall. Der Bürger stimmt der Vorlage eher zu, wenn er sieht, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind. (SR Zumbühl)

- Etant donné qu'il est nécessaire de trouver de nouvelles recettes, le moment est venu d'imposer aussi le trafic lourd, et d'introduire une vignette pour les véhicules à moteur. Cela permettant à la Confédération de présenter un budget équilibré en 1981 sans avoir à procéder aux coupures prévues dans le domaine social. (CE Donzé)

- Les finances fédérales sont en définitive aussi conditionnées notamment par l'entretien des routes, par le coût de leur infrastructure. Une taxe sur les poids lourds et une vignette sort donc également des éléments fiscaux que nous devons prendre en considération, qui conditionnent les taux de TVA ou les taux de l'IFD que nous adopterons. (CE Morier-Genoud)

- Die Autobahnvignette und die Schwerverkehrssteuer sind eine Belastung für das Finanzpaket. Es bestünde die Gefahr, dass sich in der Abstimmungskampagne die Auseinandersetzungen auf diesen beiden Nebenvorlagen verlagern würden und dass durch die zu erwartende Propagandawelle eine allgemeine negative Stimmung für das Finanzpaket geschaffen würde. (SR Hofmann)

- Le Conseil fédéral sait que les poids lourds ne paient pas ce qu'ils coûtent. Il estime donc que le trafic lourd doit être frappé et que le problème de la vignette mérite d'être étudié avec attention et diligence. Mais ces articles constitutionnels doivent être élaborés dans le cadre de la conception générale des transports et de la nouvelle répartition des tâches entre les cantons et la Confédération. La préparation de ces projets se fera dans les délais requis par la motion y relative. Il n'y a pas eu de consultation ni des associations d'usagers, ni des cantons, ni des organisations économiques. Le parachutage est une excellente méthode de tactique militaire, mais c'est une mauvaise méthode en matière de législation et de constitution.

(CF Chevallaz)

- Ne devons-nous pas admettre que la vignette est tellement impopulaire que personne n'y croit en cet instant de notre vie politique suisse? Quant à l'impôt sur les poids lourds, il est certainement plus équitable; il est à étudier, mais pas à la hasarde. Et pas n'importe comment, mais dans le cadre de la conception globale des transports. (CE Grosjean)

- La conception globale des transports nous est dépeinte comme une savante et fragile construction à laquelle il ne faut pas toucher si l'on ne veut pas courir le risque de la voir d'écrouler. Il s'agit là d'une illusion. Cette conception soulèvera de toute façon des oppositions farouches.

(CN Morel)

- Da das Gesamtverkehrskonzept mit seinen vier Verfassungsvorlagen nur schwer als Paket die Zustimmung des Volkes finden wird, wäre es angebracht, heute bereits zur Politik der kleinen Schritte überzugehen. Sowohl Vignette wie Schwerverkehrssteuer können als verfassungsmässiger Auftrag durchaus vorgezogen werden.

(NR Eisenring)

- Wir verkennen nicht, dass das System der Schwerverkehrsabgabe zum Grundgerüst der Gesamtverkehrskonzeption gehört, und daher ein Vorziehen heikel ist. Die blosse Verfassungsänderung präjudiziert jedoch das System nicht.

(NR Weber Leo)

- Les investissements qui ont été faits pour l'étude de la conception générale des transports méritent de la part du Parlement davantage d'attention au moment où une application devrait être trouvée. (CN Richter)

- Cette conception globale des transports sera probablement réalisée par étapes, c'est vrai, mais des étapes s'inscrivant dans un cadre clairement défini. Même en marchant à petits pas, cela n'empêche pas d'avoir en mains la carte la boussole et de savoir où l'on va. (CF Chevallaz)

- Ces deux mesures doivent donc tout d'abord être étudiées en référence avec la conception globale des transports, quitte à ce qu'on les réalise avant celle-ci. D'autre part, un article constitutionnel rédigé sur la base d'une consultation a beaucoup plus de chance d'être accepté par le peuple, parce qu'on aura rallié des adversaires, convaincu des hésitants et tenu compte d'un certain nombre d'objections. (CF Chevallaz)

- Die Art und Weise, wie die Verfassungsrevision zustande kommen soll, verstösst gegen wesentliche Grundsätze der Verfassungsgesetzgebung. Konkreterweise hätte der Weg der parlamentarischen Initiative beschränkt werden müssen, so dass der Rat durch einen erläuternden Bericht orientiert und der Bundesrat zur Stellungnahme eingeladen worden wäre.

(NR Eng)

- La procédure de consultation n'est pas nécessaire. De toute façon, la conception générale des transports fournit suffisamment de renseignements.

- Betreffend diese Projekte wäre gerade hier ein Vernehmlassungsverfahren und eine Botschaft, die über notwendige Punkte Auskunft gäbe, notwendig. Fragen wie Beteiligung der Kantone, Erhebungsmodalitäten, usw. müssten auch vor einer nur grundsätzlichen Abstimmung über die Einführung der Autobahnvignette und der Schwerverkehrssteuer dem Souverän unterbreitet werden. (SR Hofmann)

- Il est en outre dans le droit non écrit de ce pays, sauf en cas d'urgence, de procéder préalablement à la consultation des cantons et des milieux intéressés avant d'engager un débat parlementaire sur un article constitutionnel. (CF Chevallaz)

- Avant de se prononcer sur ces projets, il conviendrait tout de même de connaître quelques détails quant à la répartition et à l'affectation des recettes, et notamment: Dans quelles poches l'argent ainsi récolté par la Confédération va-t-il tomber? Va-t-il rester dans la Caisse fédérale? Sera-t-il versé dans le compte routier? Ou bien ne subsistera-t-il qu'une partie dans le compte des routes nationales et des routes alpines? Aussi longtemps que les modalités de répartition de ces taxes ne sont pas connues, nous ne pouvons pas donner notre accord en blanc, avec pour seule indication que cela sera réglé ultérieurement dans la loi d'exécution. (CE Vincenz)

- Le Conseil fédéral ne fait d'opposition de principe ni à la vignette ni surtout à la taxe sur les poids lourds dont il a d'ailleurs déjà accepté le principe. En revanche, il s'oppose à cette procédure expéditive et sommaire et préfère la procédure usuelle de consultation, qui peut se faire dans des délais assez rapides. Il souhaite aussi pouvoir présenter au peuple des propositions plus étoffées qu'un article constitutionnel littéralement improvisé, car le peuple n'aime pas se prononcer sur un article constitutionnel tout nu, sans avoir un minimum de précisions sur le coût, les chiffres, l'emploi de ces redevances et leurs modalités.

(CF Chevallaz)

PRO

- Das Gegenteil ist der Fall. Der Bürger stimmt dem Finanzpaket eher zu, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind. (SR Zumbühl)

CONTRA

- Mit der Einführung der Autobahnvignette und der Schwerverkehrssteuer könnte durch die zu erwartenden Propagandawelle eine allgemeine negative Stimmung geschaffen werden und das Finanzpaket gefährden. (SR Hofmann/NR Barchi)
- Il y a des forces qui, à cause de la vignette et de la taxe sur les poids lourds, combattront le paquet financier. Il vaut mieux, par conséquent, ne pas les inclure dans le paquet fiscal. (CE Vincenz)
- Il est inopportun, voire improductif, de combiner la TVA avec l'introduction d'impôts sur la circulation routière. Leur voisinage risque de porter atteinte à la TVA, car tout sera pris comme faisant part d'un seul paquet et la mauvaise humeur qu'une certaine partie du paquet provoquera dans la population rejallira sur les autres. (CN Aubert)
- Pour ce qui est de l'intégration de ces deux articles à notre réforme fiscale, même si le vote à leur propos diffère de deux ou trois mois, nous estimons que l'adjonction de ces deux wagons au train de la réforme fiscale pourrait bien contribuer au déraillement de l'ensemble. Pour toutes sortes de raisons politiques et techniques, il ne nous paraît donc pas opportun de les intégrer à la réforme fiscale. (CF Chevallaz)
- Les Chambres ont accepté une motion qui invite le Conseil fédéral à engager la procédure de consultation en vue de la création des bases constitutionnelles nécessaires aussi bien pour la vignette que pour l'imposition du trafic lourd. (CN Bonnard)

PRO

- Im Ausland bezahlen wir Autobahngebühren. Es wäre bei uns jetzt doch zumindest an der Zeit, den Grundsatz für Vignetten in der Verfassung zu verankern. Es bleibt uns dann noch genügend Zeit, zu deren Ausgestaltung Stellung zu nehmen. Die gleiche Ueberlegung spricht auch für die Belastung des Schwerverkehrs.  
(NR Stich)

CONTRA-

- La conception globale des transports a été élaborée grâce à un travail de sept années, avec la collaboration de tous les milieux intéressés, au prix de quelque 16 millions pour la Confédération. Cela même nous interdit de la liquider en pièces détachées, séparées de leur contexte, sans appréciation valable des conséquences économiques, pleins d'illusions par ailleurs sur le rendement et sans consultation. Ce travail ne relève que de l'improvisation.  
(CF Chevallaz)

- Den Kantonen hat man keine Möglichkeit gegeben, sich zu den beiden Vorlagen zu äussern. Es würde in weiten Kreisen nicht verstanden, wenn man auf Bundesebene derartige Erlasse beschliessen würde, ohne nach unten die Meinung zu erforschen.  
SR Vinzenz)
- Solange die Verteilung der Mittel nicht geregelt ist, kann ich dieser Vorlage nicht zustimmen. Hier stehen nämlich sehr vitale Interessen zur Diskussion. Solange wir die Verteilungsmodalitäten nicht kennen, können wir nicht pauschal unsere Zustimmung erklären unter Hinweis auf die Regelung, die im Gesetz erfolgen soll.  
(SR Vinzenz)

Impôt sur le trafic lourd

PRO

Schwerverkehrssteuer

CONTRA

- 69
- Il faut créer le plus rapidement possible la compétence d'accroître l'imposition du trafic lourd, lequel ne couvre pas, et de loin, les dépenses qu'il engendre.
  - Die sachliche Begründung für die Erhebung einer Schwerverkehrssteuer ergibt sich aus der Kategorienrechnung, die eindeutig beweist, dass der Lastwagenverkehr seine Strassenkosten seit langem nicht mehr deckt. Für diese nicht gedeckten Kosten haben die Kantone und die Gemeinden aufzukommen. (NR Hürlimann)
  - Was wir fordern, ist ein Kompetenzartikel in der Bundesverfassung, der den Bund ermächtigt, eine Schwerverkehrssteuer zu erheben. Dazu braucht es kein besonderes Vernehmlassungsverfahren mehr, nachdem die Gesamtverkehrskommission, in der alle massgebenden Stellen vertreten sind, festgestellt hat, dass der Schwerverkehr stärker besteuert werden sollte. (SR Welter)
  - Il est tout à fait normal et équitable que des mesures soient prises le plus rapidement possible pour qu'un certain équilibre soit rétabli dans les conditions de concurrence entre le rail et la route. (CN Morel)

- Avant de décider du principe du prélèvement d'un tel impôt, il conviendrait d'avoir une idée claire de son affectation.  
Est-il destiné à assainir les finances fédérales, ce qui me paraît certes très utile?  
Est-il au contraire destiné à équilibrer le compte routier fédéral, qui est déjà largement équilibré?  
Ou faut-il distribuer le produit de cette redevance aux cantons dont le compte sorties est déficitaire, mais dont les finances sont par ailleurs équilibrés? (CF Chevallaz)
- Le Conseil fédéral est d'accord sur le fond mais souhaite que cette taxe puisse être présentée au peuple dans les meilleures conditions de préparation et de persuasion. (CF Chevallaz)
- Der Hintergedanke vieler Leute, die für diese Schwerverkehrsabgabe sind, ist, die privaten Autotransporte so zu verteuern, dass der öffentliche Verkehr konkurrenzfähiger wird. (NR Fischer-BE)

- Il a été calculé que les frais de transport entrent pour 5 % dans le coût des marchandises transportées, et que la distance moyenne de transport est dans notre pays de 20 km.  
Une augmentation de la taxation des véhicules lourds n'aura donc pas de très graves répercussions sur le prix des marchandises dans notre pays, ni sur les places de travail. (CN Morel)

- Diese 300 Millionen Franken, die diese Steuer einbringen würde, liegen nicht auf der Strasse, wo man sie auflesen kann.  
Das würde eine schwere Belastung für die betreffenden Unternehmer mit sich bringen und Arbeitsplätze gefährden. (NR Fischer-BE)

- Die schlechten Erfahrungen in Oesterreich zeigen, dass man solche Sonderverkehrsabgaben international regeln und absprechen sollte. (NR Waldvogel)

- Erst wenn die GVK verwirklicht ist und der Bund entsprechend ihren Vorschlägen für das Strassennetz von nationaler Bedeutung die volle Verantwortung trägt, erwirbt er sich das Recht, an diesen Einnahmen zu partizipieren. Gerade diese Neuaufteilung der Zuständigkeiten wird aber durch die diskriminierende Verselbständigung des Schwerverkehrsteuerproblems im Rahmen der Bundesfinanzreform in Frage gestellt. (NR Hürlimann)

- Mit der Schwerverkehrssteuer belastet man zur Hauptsache den Warenverkehr, der bereits jetzt schon in vielen Sparten ernste Krisenzeichen aufweist. (NR Hürlimann)

- Reisst man die Schwerverkehrssteuer aus dem System des Gesamtverkehrskonzeptes, so wird sich eine kompakte Opposition ergeben, die frontal gegen diesen Vorschlag antreten wird. (NR Fischer-BE)

PRO

Autobahnvignette

CONTRA

Vignette pour l'usage des autoroutes

- 71
- Das Anliegen der Vignette ist schon seit Jahren anhängig. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo man krampfhaft nach neuen Finanzquellen sucht, sollte man vor allem die Möglichkeiten ausschöpfen, die niemanden über Gebühr belasten. (SR Zumbühl)
  - Das Volk verlangt diese Vignette schon seit Jahren. Die Vignette ist auch politisch sehr gut verkäuflich, vor allem weil sie zu sechs Siebteln von den Ausländern getragen wird. Dies im Gegensatz zu der Motorfahrzeugsteuer. (NR Kaufmann)
  - Nachdem die Erhebung von Tunnel- oder Autobahngebühren mit Kassierstationen für unser Land nicht in Frage kommt, drängt sich die Einführung eines einfachen Vignettensystems pro Kalenderjahr geradezu auf.  
Die Gebührenerhebung für die Inländer müsste durch einen Zuschlag zur regulären Motorfahrzeugsteuer durch die Kantone erfolgen.  
Die ausländischen Motorfahrzeugbesitzer hätten nur beim Ersteintritt in unser Land eine Klebevignette zu lösen. Um eine möglichst reibungslose Grenzabwicklung zu garantieren, könnten die Vignetten bei den Automobilverbänden im benachbarten Ausland bezogen werden. (NR Albrecht)
  - Die Argumente gegen Autobahnvignetten lassen sich wie folgt zusammenfassen:
    - administrative Schwierigkeiten
    - Erhöhung des Personals
    - Verkehrsstockungen an den Grenzübergängen
    - kontraproduktive Folgen für den Tourismus. (NR Barchi)
  - Die Einführung einer Autobahnvignette bringt erhebliche administrative Umtriebe mit sich und verursacht grosse Autoschlangen an der Grenze. (SR Heimann)
  - Wenn der allgemeine Strassenverkehr mehr belastet werden soll, wäre es doch am einfachsten, den Treibstoffzuschlag um 5 Rappen zu erhöhen. Das brächte gleich hohe Einnahmen wie die Vignette, und zwar ohne jeden administrativen Umtrieb. (SR Heimann)

- Nous sommes d'avis qu'il convient d'éviter de perdre trop de temps - une modification constitutionnelle dure toujours plusieurs années - et que, même si l'on est opposé à la vignette, il est opportun avant tout que le peuple s'exprime. (CN Richter)
- Le rapport du Service fédéral des routes et des digues ainsi que quelques déclarations officielles nous permettent déjà de nous faire une idée parfaite de ce que sera la législation d'application. (CN Richter)
- Die Gesamtverkehrskonzeption wird keinen Schaden erleiden, wenn der Vignettenentscheid vorgezogen wird. (SR Zumbühl)
- Der Slogan, der Autofahrer zahle die Strasse selber, stimmt nicht. Seit 1974 trifft dies eindeutig nicht mehr zu. (NR Kaufmann)
- Ja zur Vignette, weil ich es für sinnvoll halte, dass der Durchreiseverkehr zur Strassenfinanzierung herbeigezogen werden soll. Einheimische und Gäste können dabei aus Gründen der Rechtsgleichheit von den Benützungsgebühren nicht verschont bleiben. (NR Caveltty)

- Ni les cantons, ni les associations d'usagers et Dieu sait leur importance, n'accepteront d'appuyer un projet sur lequel ils n'ont même pas été consultés et sur lequel ils n'ont même pas reçu les explications détaillées que seul un rapport gouvernemental peut fournir. (CN Bonnard)
- Le rapport sur la conception globale des transports est à peine sorti de presse qu'on se met à le détailler en petites tranches, au gré de ses goûts. C'est la prise des méthodes. Elle s'apparente au bricolage, alors que les finances fédérales impliquent un travail sérieux que le peuple suisse attend de son Parlement. (CF Chevallaz)
- Das Gegenteil ist der Fall. Die meisten Personenwagen weisen gemäss der amtlichen Kategorienrechnung eine deutliche Ueberdeckung der Strassenkosten auf. (NR Hürlimann)
- En Suisse, l'autoroute n'est pas un luxe comme elle peut l'être dans certains pays de grande dimension. L'usage libre de l'autoroute et de ses multiples raccordements locaux est une contribution à la sécurité du trafic, à l'économie de l'énergie, à la lutte contre le bruit. C'est précisément cela que l'on veut pénaliser par l'exigence d'une vignette. Nous nageons en plein illogisme! (CF Chevallaz)

Nicht alle Automobilisten benützen die Autobahn im gleichen Ausmass. Bewohner abgelegener Talschaften gelangen selten in den Genuss von Nationalstrassenfahrten. Wenn sie gleichwohl vignettenpflichtig werden, so muss im Interesse der Gerechtigkeit der Erlös aus der Vignette nicht nur für die Autobahnen, sondern auch für die Hauptstrassen verwendet werden. (CN Cavetty)

- 73
- La vignette n'est qu'un nouvel impôt de consommation, que nous ne pouvons pas plus accepter que l'augmentation des autres.  
Il serait indécent, à nos yeux, de vouloir faire payer maintenant les conducteurs de voitures sans faire de distinction ni entre pauvres et riches, ni entre voiture de luxe et voiture d'utilisation professionnelle. Ce serait parfaitement inadmissible. (CN Muret)
  - Die Vignette ist von Arm und Reich, von "Deux-chevaux" wie von Mercedes, vom gelegentlichen Sonntagsfahrer wie vom täglichen Autobahnbenützer, vom In- und Ausländer zum gleichen Preis zu erwerben. Diese bestechende Einfachheit macht in den Augen ihrer Befürworter ihren Hauptvorteil aus. (NR Hürlimann)
  - Certains milieux comprennent mal que l'automobiliste suisse ou étranger, qui paie déjà des taxes importantes sur les carburants qu'il consomme (57 cts par litre) doivent encore passer à la Caisse fédérale, en devant s'acquitter d'une vignette. (CN de Chastonay)
  - Lorsque d'autres pays (tels que l'Italie) consentent à des droits de péage privilégiés ou réduits pour l'utilisation par les étrangers d'un réseau complet et étendu d'autoroutes, on voudrait prélever chez nous une dîme supplémentaire pour l'usage de sections ou de tronçons d'autoroutes. (CN de Chastonay)

- Je sais que la cause touristique n'est pas populaire partout dans notre pays. Je sais que le tourisme n'est pas tabou. Mais je sais aussi que le tourisme est la 3e source de nos revenus de l'étranger, plus importante que tant et tant de secteurs traditionnellement exportateurs. Ce secteur économique connaît les difficultés que vous savez. Si vous désirez en ajouter d'autres, je ne m'associerai pas à cette démarche, car je n'ai pas de vocation suicidaire. (CF Chevallaz)
- Unsere Fremdenindustrie sitzt hinsichtlich der Auswirkungen des steigenden Schweizerfrankens im gleichen Boot wie die Exportindustrie. Die jetzige Einführung einer Autobahnvignette erfolgt daher nicht im günstigsten Augenblick. (CN Caveltz)
- Il est à craindre que l'image de marque de notre pays "terre d'accueil touristique" va très certainement se figer, lorsque, avant de traverser notre pays, l'étranger devra passer à la caisse et bourse délier. (CN de Chastonay)
- Nous ne voulons pas que la vignette contribue à tuer la TVA. (CN Aubert)

Wiedereinführung einer Luxussteuer  
Réintroduction d'un impôt sur le luxe

PRO

CONTRA

- Wir wissen, dass eine Steuer ergiebig und gerecht sein muss. Die Frage der Ergiebigkeit wird durch die Umschreibung des Kataloges der Luxusgüter bestimmt. Dass die Steuer gerecht ist, liegt auf der Hand. Wenn wir einerseits lebenswichtige Güter mit der Mehrwertsteuer belasten wollen, so ist es andererseits angebracht, dass Luxusgüter mit einer höheren Steuer belastet werden.

(NR Oehler)

- Ich bin überzeugt, dass eine sinnvolle Abgrenzung bei der Luxussteuer möglich ist. Schmuckgegenstände und Bijouterie für Tausende von Franken sind Luxus; eine gewöhnliche Uhr sicher nicht.

(NR Uchtenhagen)

- Qu'est-ce que le luxe? La radio ou la TV étaient un luxe il y a 10 ou 20 ans; ce n'est plus le cas aujourd'hui. Une caméra, une montre, est-ce un luxe? On pourrait discuter de la définition du luxe pendant des années, sans équilibrer les finances fédérales pour autant.

(CE Grosjean)

- Es ist nicht möglich, eine Luxussteuer vernünftig und gerecht zu erheben, weil der Begriff Luxus nicht genau umschrieben werden kann. Was für den einen Luxus ist, ist für den andern lebensnotwendig.

(NR Fischer-BE)

- La proposition correspond sans doute à un voeu qui nous est assez fréquemment exprimé dans les lettres de citoyens qui nous écrivent et qui nous demandent de prélever un impôt sur le luxe. ... définir ce qu'est le luxe ... c'est là que réside la difficulté ... Une caméra, un enregistreur sont du luxe pour une personne privée peut-être, mais pas pour un institut de recherche. Le catalogue qu'il faudrait établir de ces exceptions inévitables dépendrait de la liste des marchandises de luxe; avec l'ampleur certainement assez considérable de cette liste, les motifs d'exonération et par là les difficultés d'imposition et de contrôles augmenteraient. Est-ce que la télévision est un luxe? Pour le troisième âge certainement pas. Jusqu'à quel point l'élégance féminine est-elle un luxe, je vous le demande Mesdames et Messieurs? ... Le contrôle de l'imposition correcte et de l'acquittement de cet impôt, y compris la vérification des ventes de marchandises de luxe exonérées exigent un nombre considérable de contrôleurs et des opérations administratives assez complexes pour les entre-

CONTRA

prises. Et puis le rapport n'était pas lourd. Avec les taux entre 5 et 6 pour cent en vigueur à l'époque, l'impôt sur le luxe a rapporté annuellement en 1957/1958, un montant de 20 millions en chiffre rond.

(CF Chevallaz)